

# Christ und Sozialist

Blätter des  
Bundes der Religiösen Sozialisten  
Deutschlands e.V.

2./II. Vierteljahr 1982

## Inhalt

**Arnold Pfeiffer:**

Wenn uns zum Weinen zu Mute ist

**Dieter Stork:**

Dein Angebot

**Ingeborg Drewitz:**

Aurel von Jüchen, geboren am 20. Mai 1902

Über Leben und Sterben. Ein Gespräch mit Aurel von Jüchen.

**Klaus Grammel:**

Brief an Aurel von Jüchen

**Günter Ewald:**

Ragaz' »Pädagogische Revolution« – eine Botschaft für unsere Zeit

**Siegfried Katterle:**

Arbeitslosigkeit – Ursachen und Perspektiven

## Buchbesprechungen

Ingeborg Drewitz: Kurz vor 1984 (K. Monka)

Willy Brandt (Hg.): Frauen heute (E. Adolphy)

Helmuth Flammer (Hg.): Kirche und Sozialismus (K.-J. Meier)

Eberhard Kerlen: Zu den Füßen Gottes (A. Pfeiffer)

## Bundesnachrichten

75 Jahre NEUE WEGE (S. Herkenrath)

## Leserbrief

## Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Günter Ewald, Jürgen Finner, Siegfried Katterle.

**Redaktion:** Erika Adolphy, Reinhard Gaede, Siegfried Katterle (verantwortlich), Jürgen Kornnagel, Klaus Kreppel, Annette Muhr-Nelson, Bruno Schmidt.

**Redaktionsadresse:** Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14, Telefon 0521/45870.

Versand: Jürgen Finner, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937. Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.

Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.

Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

Arnold Pfeiffer

## WENN UNS ZUM WEINEN ZU MUTE IST

Predigt über einen Text aus dem Amosbuch

*(So spricht der Herr:) Ich bin euren Feiertagen gram und verachte sie und mag eure Versammlungen nicht riechen. Und ob ihr mir gleich Brandopfer und Speisopfer opfert, so habe ich kein Gefallen daran; so mag ich auch eure feisten Dankopfer nicht ansehen. Tue nur weg von mir das Geplärre deiner Lieder; denn ich mag dein Psalterspiel nicht hören! Es soll aber das Recht offenbart werden wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein starker Strom.*

Amos 5, 21-24

Wenn wir einen Text aus der hebräischen Bibel hören, wollen wir uns angewöhnen, ihn zusammen mit dem jüdischen Volk, zusammen mit den jüdischen Menschen zu hören. Wir treten also an die Seite einer Rahel Varnhagen – die damals, 1813, noch nicht getauft war – und hören sie, mitten im Taumel des damaligen Patriotismus, mitten im Taumel der damaligen Befreiungskriege, ausrufen: "O teurer, schöner, verkannter Friede! O Gott, wie schön ist Friede! So schön wie Jugend, Unschuld, Gesundheit, die man auch nur kennt, wenn man sie beweint. Gott schenk ihn uns!"

Das war die Stimme der Wahrheit inmitten des Rausches, die Stimme der Sehnsucht inmitten des Zynismus. Wie bezeichnend ist es für die schlimmsten Militaristen, die wir in diesem Jahrhundert bisher erlebt haben, nämlich für die Nazis, daß sie diese jüdischen Stimmen für immer zum Verstummen bringen wollten.

Auch in der Christenheit haben sich immer Stimmen gefunden, die jene Klage um den gefährdeten und den verlorenen Frieden und jene stille, aber dann auch entschieden politisch drängende Sehnsucht nach dem Frieden klar ausgesprochen haben. Ich denke an Erasmus von Rotterdam, dessen "Klage des Friedens, der bei allen Völkern verworfen und niedergeschlagen wurde", gerade in jenem Jahre 1517 ausgesprochen wurde; als Luthers 95 Thesen solch großes Aufsehen erregten. Vielleicht täten wir gut, neben Luthers (hoffentlich eben so gekannt wie gefeiert!) Thesen auch auf die Sätze des Erasmus zu hören, etwa den: wie denn ein Soldat im Gottesdienst das Vaterunser beten könne: "Du gefühllo-

ser Mund wagst es, Ihn Vater zu nennen, da du deinem Bruder an die Kehle willst?" - Und das ist nun wirklich nicht nur den Soldaten allein gesagt, sondern uns allen, die wir aus der tödlichen Bedrohung des Friedens unsern Wohlstand und unsern Profit herleiten.

Ganz in diese Art der Klage gehört das, was Amos über den Zustand des Volkes Israel sagt. Schreiendes soziales Unrecht wird mit Namen genannt, scharf wird der intakte Kultbetrieb gegeißelt, der sich so gut mit der zweifelhaften Absicherung der Verhältnisse nach außen verträgt, einer Absicherung, bei der auch Amos schon so etwas wie das Sternenbanner im Hintergrund flattern sieht. Und nun ist das Schrecklichste an all dem Schrecklichen, daß all dies im Namen Gottes, unter Mißbrauch seines Namens von statten geht. Im Menschen wird Gott gelästert! Und da wollen wir doch nicht anfangen, Missetat gegen Missetat auszuspielen: so als ob Greuel in Afghanistan Greuel in Südkorea rechtfertigen, als ob Terror in Polen den von höchster westlicher Stelle sanktionierten Terror in El Salvador rechtmäßig und verzeihlich erscheinen lassen könnte!

O nein: das fehlende Recht, die fehlende Gerechtigkeit soll wie ein Hochwasser, wie eine reißende Flut über uns Menschen kommen und alles davonreißen. Wir haben da mit noch ganz andern Stürmen zu rechnen, als wir sie aus den bisherigen Umstürzen kennen. Es könnte um nichts weniger als eine definitive Weltrevolution gehen, bei der sich das Menschenrecht noch ganz anders Bahn bricht, als wir es bisher gekannt und gesehen haben. Indem freilich das Menschenrecht vor dem Auge des Propheten steht als das, was dem gnädigen Bund Gottes mit den Menschen *naoh* der Flut entspricht, ist zwar die Flut nicht abgetan, die Drohung nicht abgetan, aber es ist doch ein Fingerzeig auf das Licht hin gegeben, das Gott über der dunklen Welt aufgehen läßt.

Das ist es doch, was Rahel Varnhagen meint, wenn sie sagt: Gott *könnte* uns ja doch noch den Frieden schenken (uns, die wir ihn so wenig verdient haben!), und was Erasmus meint, wenn er am Schluß seines Traktats die *Möglichkeit* ins Auge faßt, wir (und dabei schließt er den Kaiser so ein, wie wir heute den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit in diese Perspektive einschließen müssen) könnten doch noch dazu kommen, statt unserem bösen Ich vielmehr Christus zu folgen: was freilich hieße, dem unverschämt und ohne Hemmung Drängenden in aller Ruhe Rock und Mantel zu lassen, Abstriche also zu machen an dem, was uns an unserem Lebensstandard längst zum Götzen geworden ist, - und dann

das Überraschende (keineswegs Selbstverständliche) zu erfahren: das "Fried, Ruhe und Einigkeit" doch noch kämen, zu unseren Lebzeiten und nicht (wie die sagen, die die eigentlichen Irrlehrer sind:) erst am St. Nimmerleinstag.

Was hat Amos seinem Volk sagen müssen, was hat er ihm sagen dürfen? Er hat ihm etwas sagen müssen von dem unaufhebbaren Zusammenhang von Schuld und Sühne, von Tat und Ergehen. Aber er hat ihm das sagen dürfen, was er so gar nicht aus den Fingern saugen oder aus dem Kaffeesatz lesen konnte, nämlich: "Suchet Mich, so werdet ihr leben"! Der das sagt, ist der Ewige selbst, der Bundesgott Israels, der in seinem Sohn für dich und für mich ans Kreuz ging.

Ich verstehe jeden, dem es zum Weinen zu Mute ist - im Blick auf die Welt und vielleicht noch mehr im Blick auf die Kirche. Aber nun hört: der jüdische Rabbi Assi hat geweint, als er im Propheten Amos an die Stelle kam: "*Vielleicht* gibt Gnade der Ewige, der Gott der Scharen dem Rest von Josef". Wir wollen uns hüten, mehr als dieses *Vielleicht* zu sagen (und es wäre schon gut, wenn wenigstens in der Christenheit jenes höhnende Gelächter verstumme, das die Gerichtsprognosen etwa der Zeugen Jehovas von Anfang an begleitet hat). Aber wir sagen dieses *Vielleicht* im Blick auf Jesus Christus, der über seine Stadt Jerusalem weinte und dessen Klage ebenso zum Herzen des Vaters wie zum Herzen von Menschen dringen will.

Dieter Stork

## DEIN ANGEBOT

Dein Angebot,  
du Gekreuzigter:

Mit dir zu leben  
auf niederen Rängen

Mit dir zu atmen,  
wo Versager Schutz suchen

Mit dir die Mahlzeit zu teilen,  
wo Hungerige sich drängen

Mit dir zu trösten,  
wo Büros bereits geschlossen haben

Mit dir zu wachen,  
wo Parteien müde werden

Mit dir zu handeln,  
wo Regierungen kneifen

Mit dir um Verzeihung zu bitten,  
wo deine Kirche versagt

Mit dir zu vertrauen,  
wo Menschen mit ihrem Latein am Ende sind

Mit dir zu loben,  
wo diese Erde stumm wird

Dein Angebot  
du Gekreuzigter:

Mit dir zu leben  
auf niederen Rängen

- - -

Das Gedicht von Dieter Stork ist seinem Bildband "Erfahrungen" entnommen. Verlag Wort im Bild, Hammersbach, 1981.

Ingeborg Drewitz

AUREL VON JÜCHEN, GEBOREN AM 20. MAI 1902<sup>\*)</sup>

"Achtet man wirklich auf den Duktus des Evangeliums, so schildert es den Angriff Gottes auf die Geschichte der Menschen in Gestalt Jesu Christi."

So ein Satz, herausgegriffen aus Aurel von Jüchens "Jesus Christus und die Tabus der Zeit" (1981), charakterisiert ihn, sein aufgeschriebenes und sein gelebtes Leben. Der Angriff Gottes auf die Geschichte der Menschen. Immer

\*) Aurel von Jüchen, Religiöser Sozialist seit den Anfangsjahren der Weimarer Republik, ist den Lesern von "Christ und Sozialist" wohl bekannt. Wir erinnern besonders an seine Artikel in CuS 3/1981 und 2/1979. Die folgenden Beiträge aus seinem Berliner Freundeskreis wollen Aurel von Jüchen anlässlich seines 80. Geburtstags ehren.

Die Redaktion

wieder hat er ihn gesucht, sich ihm ausgesetzt, sich an ihm gefreut. Denn er ist keiner, der der Auseinandersetzung ausweicht, schreibend, lebend. Und wer ihn heute mit der Elastizität eines Vierzigjährigen gehen sieht, weiß, warum er so geht. Dieser Mensch lebt, nicht unbeschädigt, nicht vom Schwall der Resignation weggedrückt, aber auch nicht blindlings high. Er weiß, hat erfahren, gelebt, überdacht, was uns im 20. Jahrhundert zerreißt.

Ihn zu seinem 80. Geburtstag zu feiern, ist eine Freude. (Und ich setze das Wort gern so uneingeschränkt ein, wie es vielleicht nur unter Christen noch einsetzbar ist.) Eine Freude, weil so ein Leben gelebt worden ist, ausdauernd, erleidend, und gegen alle Widersprüche an.

Aurel von Jüchen hat einmal gesagt, daß er nicht schreibe, um schreibend Vollkommenheit zu erreichen, sondern immer geschrieben habe, um zu wirken. Das läßt sich ganz sicher in vielen kleineren Arbeiten nachweisen, die hilfreich sind und viel gelesen werden, in den Broschüren, von denen nur einige zu nennen Aurel von Jüchens Gegenwartsaufmerksamkeit erkennen läßt: "Last und Segen des Alters", "Kirchenaustritt ist keine Lösung!", "Der Zorn Gottes", 1948 schon erschienen, ein Buch voller Fragen an die Kriegs- und Nachkriegsgeneration, faszinierend in der Analyse der Ideengeschichte, erschreckend und so genau heutig, wenn er schreibt: "Unsere religiöse und geschichtliche Schuld ist und bleibt eine geschichtliche Schuld, so wie unsere geschichtliche Schuld zugleich Schuld vor Gott ist". Die Nähe zur Darmstädter Erklärung (1947) ist deutlich, obwohl Aurel von Jüchen sie nicht hat suchen müssen. Er hatte die Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen nicht gescheut, hatte mit Klugheit Zwangsversetzungen wegen politischer Mißliebigkeit genutzt, sich Disziplinarverfahren gestellt, deren Anlässe sich wie Kohlhaasiaden anhören und die doch die damalige Wirklichkeit charakterisieren und Zeugnis vom Zusammenhalt in Gemeinden geben, die sich nicht mit Haut und Haar den Deutschen Christen verschrieben hatten. (Ich will hier nur den Anlaß des einen Verfahrens nennen: In der Gemeinde Rossow, unweit von Neu-Ruppin, in der Jüchen Pfarrer war, wurde das Haus eines jüdischen Mitbürgers durch SA in Zivil angezündet, und, wie vorher abgesprochen, die Feuerwehr nicht alarmiert. Jüchen ließ die Feuerglocke der Kirche läuten, provozierte Streit mit dem ortsfremden Anführer der Brandstifter, die Fenster des Pfarrhauses wurden eingeworfen, Jüchen sollte in Schutzhaft genommen werden, aber die vom Landrat alarmierte Gendarmerie und die SA neutralisierten sich, die Frauen der Evangelischen Frauenhilfe hielten vor dem Pfarrhaus aus. Und sie sammelten dann wenig später auch Unterschriften, als die

Kirchenleitung ein Disziplinarverfahren gegen Pfarrer von Jüchen einleitete, in dem ihm Spaltung der Gemeinde vorgeworfen wurde, eine Unterschriftenliste, die von mehr als 75 Prozent der Gemeindemitglieder unterschrieben und unter Umgehung des Verbotes durch den Kreisleiter an die Kirchenbehörde nach Schwerin gebracht wurde.)

Doch ich will hier nicht Aurel von Jüchens wahrhaft erzählenswertes Leben nacherzählen. Anpassung lag ihm nicht. Früh schon hatte er sich mit dem Marxismus auseinandergesetzt, war noch in seiner Kandidatenzeit Mitglied der SPD und des Bundes der Religiösen Sozialisten geworden, weil er hoffte, daß es der Kirche gelingen könnte, ihre Versäumnisse gegenüber der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert zu überwinden. Aus der gleichen Einsicht trat er sein Pfarramt in Mecklenburg nach der Rückkehr aus dem Krieg 1945 wieder an (er war 1940 eingezogen worden). Der Aufbau eines Jugendforums für junge FDJ-ler, Parteijugend und Junge Gemeinde in Schwerin brachte allzu rasch Konflikte mit der SED, und wie damals häufig, war die Verhaftung durch den NKWD die baldige Antwort. Fünf Jahre Workuta, die Stimmbandlähmung, die zurückglieb, haben ihn jedoch nicht zu einem Russenhasser und Kalten Krieger gemacht. Er hat über das Scheitern des Marxismus als Ideologie nachgedacht, hat sich der Auseinandersetzung mit Lenins und Stalins Anwendung des Sozialismus gestellt und in den Aufzeichnungen "Was die Hunde heulen" den Menschen aus den vielen Völkern, die in den Lagern Rußlands leben müssen, ein hohes Lied gesungen, die Kulakenverfolgung, die Umsiedlungen und Vertreibungen von Völkerschaften beschrieben und die Leistungen dagegengesetzt, die den Millionen in den Lagern unter härtesten Bedingungen abverlangt werden, noch ehe Solschenizyn und die anderen Dissidenten darauf aufmerksam gemacht haben (Jüchens Buch erschien 1957). Nur ist Jüchen ehrlich und sachkundig genug, um nicht der Verherrlichung des Zarenreiches zu verfallen; sein Nachdenken gilt der Überwindung des "Sozialismus von oben" durch die Entmündigten.

Er war und blieb der politische Pfarrer, auch wenn er nun, nach der Rückkehr aus Workuta, wegen der Stimmbandlähmung keine Gemeinde mehr übernehmen konnte, sondern bis zu seiner Pensionierung mit 70 Jahren 1972 als Gefängnispfarrer in Plötzensee und in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße arbeitete, wieder um das Vertrauen derer am unteren Rande der Gesellschaft rang, Jahre, die er als gute Jahre erlebte, denn er war ja nun einmal ein Lehrender. Für ihn gab es nichts Wichtigeres als Menschen zu erschließen, jedes Scheitern war für ihn der "Ernst-

fall des Lebens" (so schreibt er selbst). Und jede seiner Veröffentlichungen dieser Jahre und Jahrzehnte ist die eines Lehrenden und Helfenden, der sein eigenes Nachdenken immer wieder überprüft, sich nicht scheut, die tabuisierten Fragen in der Kirche und an die Kirche zu stellen, sei es im Gespräch mit Atheisten, sei es im Nachdenken über das Leben mit dem Kommunismus. Schon 1959 hat er die "Krisis der Nächstenliebe in der heutigen Gesellschaft" benannt. Doch auch in den begleitenden Werken, seien es die "Geistlichen Puppenspiele", für die er 1963 den Brüder-Grimm-Preis des Landes Berlin erhielt und die in etwa 3000 Vorstellungen gezeigt wurden, seien es die "Anreden", die "Gespräche über den Zaun", die "Seltsamen Reportagen", sei es die Deutung christlicher Sprichwörter, immer begegnet uns der brüderliche Mitmensch, der Konflikte nicht übertüncht, sondern herausarbeitet, um Konfliktbetroffenheit zu erregen, das Nachdenken, das Voraushandeln zu ermöglichen.

Schon 1963 schreibt er: "Im Gespräch zwischen Ost und West genügt das Wort 'Frieden' nicht mehr, um sich über den Sachverhalt, der damit gemeint ist, zu verständigen ... Wir müssen uns also bemühen, Vokabeln zu finden, die den Unterschied in der Vorstellung des Friedens in Ost und West deutlich machen. Gelänge es, für das jeweilige Friedensverständnis eine überzeugende, einprägsame Vokabel zu finden, so wären im gleichen Augenblick die Verdächtigungen und falschen Alternativen (hier imperialistische Kriegshetze, dort Weltfriedenslager) unmöglich gemacht... Der 'Bundfriede' beruht auf der gegenseitigen freien Anerkennung des Lebensrechtes des anderen. Es ist die Freiwilligkeit, welche ihm Dauer und Verlässlichkeit schenkt. Eine emotionale Friedenssehnsucht eint alle Völker der Erde über die Grenzmauern und Stacheldrahtzäune hinweg. Die geistige Aufgabe, die sich uns stellt, besteht darin, die gemeinsame emotionale Friedenssehnsucht zu einer Vorstellung, zu einem Leitbild zu formen. Das Leitbild heißt 'Bundfriede'" (Aus: "Mit dem Kommunismus leben?", Witten 1963).

Diese Sätze als Fazit einer Analyse der Jahrzehnte des Kommunismus in der UdSSR sind so tauglich, die Konfliktdiskussion in der heutigen Friedensbewegung zu versachlichen, und sie sind bei Aurel von Jüchen nicht zu trennen von seiner Auffassung des Evangeliums, die in zwei Veröffentlichungen aus dem Jahr 1981 noch einmal mit solcher Leidenschaft formuliert werden, daß sie als Gipfel seines Lebenswerkes gesehen werden dürfen. Beide Publikationen gehören zusammen, auch wenn sie in zwei (durchaus befreundeten) Verlagen erschienen sind: "Die Kampfgleichnisse

Jesu" (Chr. Kaiser Verlag, München 1981), die Jüchen interpretiert und ihrer Deutung und Einschätzung in den fast 2000 Jahren Kirchengeschichte entgegenhält; ihre Abschwächung, ihre verlorene historische Potenz, ihre Überhöhung ins Zeitlose beklagt und die Parteinahme Jesu von Gleichnis zu Gleichnis als Parteinahme für die sozial Diffamierten und Unterdrückten, als ganz unmittelbare Einklage von Verlusten benennt und das denn auch in der Darstellung von Jesus als historischer Gestalt vertieft ("Jesus Christus und die Tabus der Zeit", Radius Verlag, Stuttgart 1981).

Anders als die "Leben Jesu"-Darstellungen des 19. Jahrhunderts, die den Menschen Jesus losgelöst aus der langen jüdischen Geschichte der Messiaserwartung entwarfen, sieht Jüchen ihn vor dem Hintergrund der jüdischen Geschichte und ihren Erstarrungen in der Lebenszeit Jesu, der Tabus, die die Gott-Besessenheit längst abgelöst haben, der Irritation durch die römische Besatzung, den Anpassungen, den Einflüssen, der Entfremdung von Gott. Jesus wird zum Aufrührer, nicht weil er zum politischen Anführer wird, seine Revolte ist "der Angriff Gottes auf die Geschichte der Menschen". "Was er tat, war das Tun der Tora. Was er lehrte, war die Gottverbundenheit der Menschen". Er weist an Wort und Handlung nach, wie Jesus die Tabus aufbrach, wie er mit einer fast jugendhaften Frische und Lust am Nein zum Eingebübten, Eingefahrenen, nicht mehr Bedachten gegen alle Regeln, sogar die der Sabbath-Heiligung, verstieß, wie er alle zu Gotteskindern machte, die am Rande der jüdischen Gesellschaft seiner Zeit lebten, weil er von der Identität Gottes mit der Welt ausging, die wiederherzustellen sein Ziel war. Eine Deutung, wie wir sie annähernd, wenn auch weitgehend subjektiviert in der Mystik des Hochmittelalters finden, wie sie uns heute in der Vorstellung von der Kirche des Volkes und in der Theologie der Dritten Welt so unmittelbar überzeugt. Jüchen geht denn auch im zweiten Teil des Buches auf die Tabus ein, die wir vorfinden, weist nach, wo überall die Geschichte der Kirchen ihr Entstehen mit verursacht hat. Wieder ist er der suchende Lehrende, der es so leicht macht, mit ihm mitzudenken, und der Freund, der die Freunde, deren kritischem Nachdenken er sich verbunden weiß, nicht ausläßt.

Keine abgeklärte Erfahrung, kein Abschied an die Welt, kein Ausweichen vor den Konflikten des Tages - was Aurel von Jüchen an seinem 80. Geburtstag zu danken ist, ist die Genauigkeit seines Konfliktbewußtseins, die ihn daran gehindert hat, zu hassen, die ihm aber auch die Versöhnung verdächtig macht, sobald sie Konflikte nur ver-

schleiert. Hier nimmt er Partei für die Kirchen der Unterprivilegierten in Afrika, in Lateinamerika und gegen das euro-zentrierte Christentum.

Einer vom Jahrgang 1902, dem wenige Prüfungen erspart geblieben sind, die das Jahrhundert in Deutschland bereit hatte. Der nicht aufgegeben hat, nicht nachtragend ist und darum glaubwürdig als Religiöser Sozialist die kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der UdSSR zu leisten vermocht hat, so daß sein Plädoyer für das Miteinander-Auskommen keine hohle Formel ist. "Es ist inopportun geworden, Politik als Freund-Feind-Setzung zu definieren", hat er schon 1948 geschrieben. Das ist noch heute ein Satz, der für ihn gilt.

## ÜBER LEBEN UND STERBEN

Ein Gespräch mit Aurel von Jüchen

*Im Januar 1982 trafen sich Aurel von Jüchen und einige seiner Berliner Freunde. Aus einer erwarteten Plauderstunde mit Aurel wurde eine spannende Diskussion "über Gott und die Welt". Diese Diskussion haben wir mitgeschnitten. Nachfolgend dokumentieren wir eine längere Passage.*

K.-H. Mann/B. Brede

Klaus Grammel: Du bist so jung geblieben, Aurel, daß man glaubt, Du kennst das Geheimnis des Altwerdens.

Aurel von Jüchen: Das Geheimnis des Altwerdens ist, nicht nachzudenken über das Alter. In meinem bisherigen Leben habe ich mich immer von meinem Alter überraschen lassen, d. h. ich hatte keine Zeit dazu, über mein Alter nachzudenken. In meiner Tätigkeit als Pfarrer und durch meine politische Arbeit bin ich gar nicht dazu gekommen, darüber zu grübeln: Wie alt bist du? Wie lange noch? Und all die vielen Fragen, die damit zusammenhängen, - die habe ich mir gar nicht gestellt. Also, in gewisser Weise lebe ich in den Tag hinein. Dann und wann kommt plötzlich ein Punkt, oft ein sehr schwieriger Punkt, wo ich denke: Mein Gott, du bist ja schon so alt!

An einen solchen Moment erinnere ich mich. Das war, als ich im Gefängnis saß und plötzlich die Nachricht bekam, zu fünfzehn Jahren verurteilt worden zu sein. Da war ich gleichsam durch das Urteil gezwungen, darüber nachzuden-

ken: Mensch, wie alt bist du heute? Wie alt werde ich sein, wenn ich wieder herauskomme? Das war eine wahnsinnige Vorstellung, wenn man zu seinem Leben fünfzehn Jahre hinzurechnet und sich sagt: Dann erst bist du wieder frei.

Auch bei anderen Anlässen wurde mir plötzlich mein Alter bewußt, z. B. als ich mit 70 Jahren pensioniert wurde. Es sind solche Punkte, wo ich von außen darauf gestoßen wurde: Mensch, du bist ja jetzt schon so alt! Ein solcher Anlaß ist auch das achzigste Lebensjahr. Aber nicht viel nachdenken über das Alter, das ist ein gutes Rezept!

Bernd Brede: Mir ist an der Antwort aufgefallen, daß Du noch 'im Leben denkst', daß in Deinen Worten der Tod gar nicht vorkommt. Denkst Du nicht über den Tod nach?

Aurel von Jüchen: Wenn man sich sagt, daß man allenfalls noch so zehn Jahre zu leben hat, dann fällt natürlich auch der Schatten des Todes in das Bewußtsein. Aber ich glaube, die Einstellung zum Leben prägt auch die Einstellung zum Tode. Meist halten die Leute den Tod für sinnlos, die auch ihr Leben für sinnlos halten - und umgekehrt: Wenn man an den Sinn des Lebens glaubt, glaubt man auch an den Sinn des Todes.

Dietrich Schirmer: Ich glaube, Aurel, daß Du durch den Widerstand, den Du geleistet hast, Dich eingeübt hast, mit dem Tod umzugehen. Der größte Druck, der auf den Menschen ausgeübt wird, ist der, ihn in seiner physischen Existenz zu treffen. Und dem bist Du mehrfach ausgesetzt gewesen.

Aurel von Jüchen: Ja, man wird geübt, auch mit dem Tode umzugehen. Das sind allerdings Ausnahmefälle. Aber es hat durchaus für mich Fälle gegeben, in denen der Tod nah an mich herankam, zum Beispiel im letzten Jahr vor 1933. Da bekam ich dauernd anonyme Briefe mit Todesdrohungen. Mit der Drohung, mich zu erschlagen, wenn der Umschwung zum Nationalsozialismus kommt: Dann werde man mich schon zu treffen wissen! Ich habe also, als der Umschwung im Januar 1933 kam, diese Todesschatten über mir gespürt. Das hängt damit zusammen, daß unmittelbar vor dem Umschwung immer weniger Leute innerhalb der SPD sich noch der öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen wagten; sie hielten keine öffentlichen politischen Versammlungen mehr - und vor allen Dingen war es damals eine gefährliche Sache, als Debattenredner in einer Aussprache in einer Riesenversammlung vor fanatisierten Nazis aufzu-

treten und dagegen zu reden. Aber die Religiösen Sozialisten haben sich bis zuletzt zur Verfügung gestellt, während immer mehr Leute ausscherten. Im Zusammenhang mit solchen Versammlungen bekam ich solche anonymen Briefe mit Todesdrohungen, so daß ich im Augenblick des Umschwungs ziemliche Angst gehabt habe.

Ich bin tatsächlich an dem Tag, als im Januar 1933 die Nazis an die Macht kamen, aus meinem Pfarrhaus weggegangen und zu Bekannten gefahren, um den Ort zu wechseln. Nach einigen Tagen hatte man sich bereits an die neue Lage gewöhnt, und ich fuhr wieder zurück. Also, das war so eine Einübung, unter Umständen sterben zu müssen. Ich habe damals mein Leben überschlagen und mich gefragt: Wäirst du bereit, schon zu sterben? Und ich habe mir gesagt: Das Leben war eigentlich schön, aber ich muß jetzt bereit sein, ins Sterben zu willigen.

Eine ähnliche Situation war die nach der Gefangenschaft und während der Verhöre durch die sowjetische Besatzungsmacht, also durch die GPU (GPU = sowjetische Geheimpolizei). Ich bin in's Gefängnis 'reingegangen mit der Einstellung: Ihr könnt mir gar nichts! Es ist ja alles Lüge, was ihr mir anhängt. Ich wurde als Spion behandelt. Und weil ich wußte, es ist ja alles erlogen und ersponnen, hatte ich zuerst gar keine Angst. Aber eines schönen Tages, nach vielen Verhören, passierte folgendes: Da war so ein treuer, biederer russischer Bursche, der mich nicht verhörte und nur aufpassen mußte, daß ich nicht einschlief; den fragte ich: Was passiert denn eigentlich hier, wenn man verurteilt wird? Ja, sagte er, Du kommst nicht nach Hause zurück, Du kommst nach Sibirien. Mit Deinem Leben mußt Du abschließen. Mit dem vergangenen Leben - es war nicht vom Sterbenmüssen die Rede, aber doch davon, ein ganzes Leben abzubrechen. Das war wieder so eine Situation, in der man sich fragte: Hältst du das durch? Insofern hast Du recht, ich bekam eine gewisse Einübung im Abschließen und Durchhalten.

## BRIEF AN AUREL VON JÜCHEN

Anstelle einer Buchrezension

Lieber Aurel von Jüchen, als ich in den Osterferien ein paar Tage Urlaub machte, hatte ich zwei Bücher im Gepäck: Deine "Kampfgleichnisse Jesu", die ich zum wiederholten Male las, und Stefan Heyms politischen Roman "Goldsborough"\*. Ich habe beide gleichzeitig gelesen. Immer, wenn ich nun von Deinem Buch erzählen will, von der Unterdrückung des Volkes zur Zeit Jesu, den damaligen Machtverhältnissen, Interessen, Bewegungen, von Jesu Kampf, von der Leiblichkeit seines Gottesreiches, von seinem Ruf zur Umkehr, von der Freude und dem Mut, die er vermittelt ..., dann drängen sich schnell Szenen aus dem Kampf der Bergarbeiter aus Goldsborough auf, einer Stadt, die es in den USA nicht gibt und die man doch überall in Pennsylvanien, Ohio, West Virginia, Illinois, Kentucky und Arkansas finden kann. In Goldsborough werden die kleinen Leute um ihr Leben betrogen, da merken sie, daß ihre Verhältnisse nicht zufälliger- und notwendigerweise so sind, sondern mit Politik und Ökonomie zusammenhängen, da beginnen sie zu kämpfen und werden dann um den Ertrag ihres Kampfes gebracht; am Ende ist von der Hoffnung die Rede, die sich nicht töten läßt, der Hoffnung, Amerika für den Arbeiter "zu erobern und in ein Land zu verwandeln, in dem sich leben läßt" (543).

Zwei Bücher, nicht zwei Themen! Denn es ist *ein* Thema, um das es in beiden Büchern geht. Dieses Thema läßt sich mit Deinen Worten so formulieren: "Die Bibel hat den Christen zur Aufgabe gemacht, eine geschwisterliche Welt zu schaffen. Der Widerstand der Welt wird dafür sorgen, daß die Christen lernen; das kann nur im Kampf gegen die repressiven, egoistischen und antagonistischen Strukturen der Welt geschehen" (Kampfgleichnisse, 158). Dieses Thema weist uns an Gott und Welt gleichermaßen, an beide zugleich. Deshalb ist es höchst sachgemäß, von Jesus, wie Du ihn vor Augen stellst, und von Goldsborough in einem

\*) Aurel von Jüchen: Die Kampfgleichnisse Jesu, Chr. Kaiser Verlag München, 1981. - Stefan Heym: Goldsborough, Goldmann-Taschenbuch 7011

Atemzug zu sprechen. Beides habe ich bei Dir gelernt, nicht zum ersten Mal, aber immer wieder, und man kann das als Theologe gar nicht zuende lernen. Dich in dieser Sache als brüderlichen Lehrer zu erleben, ist ein Glück. Deine Bücher - neben den "Kampfgleichnissen Jesu" besonders auch das gleichzeitig entstandene "Jesus Christus und die Tabus der Zeit" - und Dein Leben selbst sind für mich eine starke Ermutigung bei dem Versuch, das Ja zur Gottesherrschaft so konkret zu formulieren, daß es "als Nein zu jeder repressiven Menschenherrschaft verstanden wird und damit der politische Sinn der Verkündigung zu Tage tritt" (Kampfgleichnisse 110).

Bei Dir geht zusammen, was so oft auseinanderfällt: Kampf und Empfindsamkeit, Konfliktfähigkeit und Liebe, Realitätssinn und ungebrochene Hoffnung. Gegen die üblich gewordene, die Gegensätze harmonisierende, die Ungerechtigkeit verschleiende und die Leidenden vertröstende Versöhnung als Konfliktbeschwichtigung setzt Du die Versöhnung als "Akt, Entscheidung und schöpferisches Handeln". Es gibt Konflikte, "mit denen man nicht leben darf", und wenn die Kirche sich dazu bekennt, dann "tritt sofort wieder eine urchristliche Situation ein, sie befindet sich im Kampf"! Versöhnung gibt es nicht als "dritten Ort", sondern nur in der parteilichen Solidarität im Kampf um "die neutestamentlichen Ziele von Gerechtigkeit und Leben. Entweder ihr schafft diesen gottwidrigen unerträglichen Zustand ab oder ihr geht an ihm zugrunde. Ändert euren Sinn" (Kampfgleichnisse 135).

Sind wir in unsrem etablierten Christentum dazu noch fähig? Es ist bezeichnend, daß bei Stefan Heym der anständige, sozialengagierte Pater Boleslav aus seiner politisch wenig wirksamen Sympathie für die Bergarbeiter nicht herausfindet: "Wo stand er eigentlich, als Hirte seiner Herde, als Vertreter seiner Kirche, und als Mensch? ... Gewalttätigkeit war von Übel, und aus Übel erwuchs nichts Gutes. Jesus hatte zwar die Geldwechsler aus dem Tempel vertrieben, aber er hatte auch Ergebenheit gepredigt und das Darbieten der andren Wange" (290). Es ist bezeichnend, daß er dem Vorwurf, sich rauszuhalten, nicht Gehör schenkt und dem Ruf nach Solidarität mit den Mühseligen und Beladenen nicht folgt: "Pater, es ist nicht Ihre Wange, die geschlagen wird, sondern unsre! Pater, wir sind gewillt, der Obrigkeit zu gehorchen, aber wie sollen wir diesen Streik gewinnen, ohne zu kämpfen! Pater, Sie haben Soldaten gesegnet, die in den Krieg zogen ..., dies ist unser Krieg, warum geben Sie dann nicht auch uns Ihren Segen?" (291). Es ist bezeichnend, daß er "froh war, daß die Worte der Litanei aus einer fremden, toten Sprache kamen, und daß er seine Sorgen und Bedenken da-

hinter verbergen konnte" (409).

Es ist ebenso bezeichnend, daß es ein schwarzer Bergarbeiter und Laienprediger ist, Elijah Jamieson, der an führender Stelle den Streik organisiert. Im Blick auf diesen milden und festen Mann, der die Gewissen schärft, die Kampfmoral fördert, sich mit Phantasie und Zuverlässigkeit um Aktionen kümmert und - oft unverstanden von seinen eigenen Kumpels - "es immer mit der Theorie hatte", formuliert Heym den Satz, der mir, lieber Aurel, wie eine Utopie aus Deinem Munde klingt: "Wenn die Priester und die Pfarrer und die Rabbiner eines Tages Seite an Seite mit den Arbeitern in den Gruben und Fabriken arbeiten werden, dann werden wir anständige Kirchen haben und einen Gott, an den man glauben kann" (218 f.).

Das Adjektiv "anständig" klingt unangebracht moralisch. Vielleicht aber ist es gerade deshalb richtig? Das Gegenteil jedenfalls von anständigen Kirchen sind unanständige Kirchen. Der Arbeiter kennt die Theologenscheu vor dem Wort "anständig" nicht. Anständig heißt für ihn: so wie es eigentlich sein soll. Und es liegt auf der Hand: die Kirche, die den Armen, den Verlorenen, den Betrogenen ihre Solidarität verweigert, die über sie predigt und allenfalls zu ihnen, um sie zu ihrer kirchlichen Anständigkeit zu bekehren - diese Kirche, die sich ohne die Armen definieren kann, ist unmoralisch; denn der Amha-arez (der sog. Pöbel) gehört ins Gottesreich - oder es gibt keines. Unsre Kirche gleicht den Pharisäern, den Essenern, den Zeloten, der Johannessekte, und wie all die andren elitären Sammlungsbewegungen z. Zt. Jesu hießen. Sie gleicht ihnen, weil sie durch Aussonderung der andren, die ihrem Eliteanspruch nicht gerecht werden, ihre Identität als Volk Gottes sichern will. Dagegen hat Jesus gerade mit "nicht zu überbietender Parteilichkeit" (Kampfgleichnisse 34) den Armen - das sind die Hungernden, die religiös und moralisch Diffamierten, die politisch Entmündigten, kurz: die um ihr Leben Betrogenen - das Gottesreich zugesprochen und es mit ihnen gefeiert. Deshalb verzichtet er auf die Taufe, auf das Zeichen der Umkehr angesichts des Gerichtes durch das Gottesreich, und auf die Askese, und setzt stattdessen die sog. Zöllnergastmähler ein, ist und trinkt mit den Unreinen und freut sich mit ihnen an der Nähe Gottes als Freudenzeit. "Der Unterschied Jesu und der Bewegung, die er auslöst, zu allen andren liegt darin, daß Jesus das Volk Israel nicht durch ein Ausleseprinzip wiederherstellen will. Er hält das Ausleseprinzip der Frommen und Gerechten für volkszerstörend, mit dem Glauben an die Auserwähltheit des Volkes Israel und mit dem Abrahamssegen für unvereinbar" (Kampfgleichnisse 17).

Den Anstoß dazu, Jesus so zu verstehen, habe ich schon bei meinem theologischen Lehrer Ernst Fuchs erhalten. Auf die Frage "Was hat Jesus getan?" antwortete Fuchs: er hat "das eschatologische Mahl mit Zöllnern und Sündern gefeiert. Eben dies ist Jesu eigentliche Tat. Jesus stellt seine Verkündigung ganz und gar auf diesen Anfang mit den Menschen ein. Alles, was er sagt, dient der Befreiung, die jetzt mit der Gottesherrschaft hereinbrechen will, und verschärft das Gericht Gottes für alle die, die diesen Anfang ignorieren. ... Also: statt in eschatologische bzw. apokalyptische Erfahrungen einzuführen, begann Jesus damit, ganz einfach 'sozial' vorzugehen, indem er Jünger um sich sammelte und dieses Mahl mit ihnen feierte. Er begann nicht mit Belehrungen, sondern mit einer Tat, die jedermann in dem kultisch verzäunten Raum des israelitischen Lebens ohne weiteres verständlich war, die aber gerade dadurch sofort entschlossene Gegnerschaft hervorrufen mußte. ... Jesus wagt also die Gottesherrschaft als Gegenwart. ... Die Gemeinde ... war davon beeindruckt, daß der historische Jesus nicht mehr für sich in Anspruch nahm als seine 'soziale' Tat" (Das urchristliche Sakramentsverständnis, 38 f.). An anderer Stelle spricht Fuchs von "dem der Gottesherrschaft immer innewohnenden politischen Anspruch". Er denkt dabei nicht an die Zöllnergastmähler, sondern an Jesu Zug nach Jerusalem und das Eindringen in den Tempel, das man schwerlich anders, dann als "Aufruhr" bezeichnen könne (Zur Frage nach dem historischen Jesus, 158).

Du siehst, lieber Aurel, von diesen Sätzen her war der Weg für Deine Sicht offen. Aber ich mußte diesen Weg eben noch gehen, denn die politische Dimension in dem Ganzen ist mir erst allmählich unter der Herausforderung pfarramtlicher und unterrichtlicher Praxis und unter dem Eindruck gesellschaftlicher Veränderungen aufgegangen. Und diesen Weg konnte ich dann nicht mehr mit der Hilfe von Fuchs gehen; da haben mir dann andre geholfen, und zu denen gehörst besonders Du. Durch Deine Fragen und Stellungnahmen, durch den freundschaftlichen Gedankenaustausch mit Dir, durch Dein volles und erfülltes Leben hast Du mich zu dem notwendigen Schritt ermutigt, von der Existentialen Theologie zur Politischen fortzuschreiten.

Ich möchte noch einmal auf Stefan Heym zurückkommen. "Was verstehst Du schon von Politik?", wird ein Kumpel vorwurfsvoll gefragt. "Was ich von Politik verstehe! ... Mehr als genug! Politik ist, was ich jede Woche in meiner Lohntüte kriege und was sie mir davon abziehen, bevor ich das Geld überhaupt bekomme! Politik ist, wenn ich ohne Tarifvertrag arbeiten muß und wenn alte Leute, die

ihr ganzes Leben in den Gruben geschuftet haben, keine Rente kriegen! Politik ist, was ich an einer Tonne Kohle verdiene und was die Bergwerksgesellschaft daran verdient! ... Das ist Politik, und damit weiß ich gründlich Bescheid!" (76)

Wissen wir Theologen auch gründlich Bescheid? Jesus wußte Bescheid, wie seine Kampfgleichnisse zeigen. Allein schon ihr Material, die Bilder von der Ernte, von der Hochzeit, vom Festmahl sind hochpolitisch in ihrer langen Überlieferungsgeschichte, in ihrem damals jedem vertrauten Bedeutungsinhalt. Sie sind ja keine poetischen Assoziationen eines begabten Erzählers, geeignet, "die irdische Wirklichkeit zu schönen". Nein, sie sind, wie Du aufzeigst, "Gegenbilder der Hoffnung, Erwartungsbilder der Herrschaft Gottes. ... Alle Bilder von der Herrschaft Gottes sind auf dem düsteren, tränenreichen, gerechtigkeitsarmen Hintergrund der gesellschaftlichen Wirklichkeit des ersten Jahrhunderts gemalt. ... Alle diese Bilder zielen auf Erneuerung der Beziehung des einzelnen und des ganzen Volkes zu Gott, sie enthalten einen neuen Entwurf für die Beziehungen der Menschen untereinander" (Kampfgleichnisse 13, 20). Natürlich steckt in den Gleichnissen auch ein erzählerisches Talent von hohen Graden und, was wichtiger ist, die Fähigkeit hinzuschauen, wahrzunehmen und zu analysieren. Vor allem aber steckt in ihnen Jesu Entscheidung für Gott und den Am-ha-arez.

Wahrscheinlich wird auch unser Wirken erst dann wieder etwas in Bewegung bringen und ausrichten, wenn wir die gleiche Entscheidung getroffen haben und die versöhnlerische Mitte über allen Antagonismen aufgegeben haben. Dazu gehört wie bei Jesus eine Leidenschaft für Gott und die Menschen, das Sehen dessen, was ist, und der Glaube an das, was sein soll. Aber "diese Verbindung von Verheißung und Realismus führt notwendigerweise zum Kampf", schreibst Du (Kampfgleichnisse 28). Davor haben wir Angst. Du nicht auch? An Dir ist kaum Angst. Du mußt uns Jüngeren sagen, wie Du die Angst überwindest.

Die Entscheidung für Gott und den Am-ha-arez, das ist in Deinem Leben, lieber Aurel, unter den geschichtlichen Bedingungen Deiner Zeit die Entscheidung zum religiösen Sozialismus gewesen. Beide Begriffe, Religion und Sozialismus, haben inzwischen an Glanz einiges verloren. Das ist ärgerlich und stellt uns Jüngere vor die Frage, wie wir von unsrer Entscheidung reden wollen. Ich selbst bin da noch recht ratlos, wobei mir der in allen Farben schillernde Begriff "Religion" und der durch weltanschauliche Vorstellungen belastete Begriff "Gott" noch verbrauchter

und untauglicher zu sein scheinen als die durch politische Realität diskreditierte Bezeichnung "Sozialismus". Aber das ist nicht das letztlich Entscheidende. Theologisch muß man wohl mit jüdischer Paradoxie sagen: Ob es Gott gibt oder nicht, Hauptsache, wir tun seinen Willen. Und der liegt nicht darin, Opium zu verteilen, sondern das Leben, erfülltes, menschenwürdiges, den Einzelnen und die Gesellschaft versöhnendes Leben zu verkünden.

Das Leben für alle, aber nicht für alle in gleicher Weise, denn wir sind nicht alle gleich. Den einen, den Betrogenen, gilt: "Komm her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken." Den andren, den betrogenen Betrügnern, gilt: "Ihr geht hin und lernt, was das heißt: Ich habe Wohlgefallen an Barmherzigkeit und nicht am Opfer!" Religion in diesem Sinne, wie sie zu Tage tritt durch die Gestalt Jesu, ist nicht "Opium des Volkes" (Marx), sondern "Ferment der Veränderung" (Garau-dy). Sie hat "nicht den Auftrag, die Gesellschaft zu deuten, sondern sie zu verändern"; nur so entspricht sie dem biblischen Gott, der "seinem Wesen nach die Revolution (ist)" (Kampfgleichnisse 9, 28).

So viel ich von Dir und durch Dich, lieber Aurel, gelernt habe - ich merke schon, was ich schreibe, läuft auf die Bitte hinaus, mir und alldenen, die Dich brauchen, weiterhin der brüderliche, lehrende und im Lehren selber weiter lernende Weggenosse zu bleiben.

Günter Ewald

### RAGAZ' "PÄDAGOGISCHE REVOLUTION" - EINE BOTSCHAFT FÜR UNSERE ZEIT \*)

Leonhard Ragaz zitiert in seinem Buch "Die Pädagogische Revolution" einmal Nietzsche mit dem bekannten Wort aus Zarathustra: "Ausgezogen bin ich aus dem Hause der Gelehrten, und die Türe habe ich noch hinter mir zugeworfen". In gewisser Weise hat Ragaz genau das getan. Als er im Sommer

\*) Vortrag bei der Feier des 75-jährigen Bestehens der Zeitschrift NEUE WEGE in Zürich am 28.11.1981. (Siehe auch die Bundesnachrichten in diesem Heft)

1919 eine Vorlesung hielt, die dem genannten Buch zugrundeliegt, war sein Entschluß schon gereift, vom Berg der Wissenschaften in Zürich hinabzusteigen nach Außersiehl, seine Professur aufzugeben zugunsten eines freien Werks in der Arbeiterbildung. Aber er ist nicht nur still gegangen, er hat auch die Tür hinter sich zugeworfen, und zwar mit jenem im überfüllten Hörsaal gehaltenen Kolleg.

Ragaz greift frontal die Verflechtung der Hochschule wie des gesamten Bildungswesens mit staatlichen Interessen, Bildungsbürgertum und Industrie an, nennt sie "Kapitulation des Geistes vor dem Bestehenden, seine freiwillige Bindung an dieses". Man darf zwar im akademischen Zirkel kritisch sein, aber nicht öffentlich Stellung nehmen: "Es gilt als selbstverständlich, daß ein anständiger Professor sich nicht mehr als höchstens einen halben Schritt vom Bestehenden entfernen darf. ... Mit Stolz nennt man uns die feste Stütze der Ordnung. Andere nennen uns dafür allerdings die Hochburg der Reaktion." Er fährt fort: "Wenn dieser Zustand nicht durch eine innere Revolution geändert wird, und zwar rasch, dann droht uns das Schicksal jener Leute, die in vergangenen Zeiten aus Trägern des fortschreitenden Lebens zu dessen stärkster Hemmung geworden waren und die dafür als viri obscuri von der Flut einer neuen Epoche auf die Seite geschoben wurden, in eine historische Hölle der Abgelebtheit und Lächerlichkeit hinein."

Die "innere Revolution", von der Ragaz hier redet, ist nicht nur eine Revolution der Universität; sie ist Revolution der Kultur, ein Zentralpunkt Ragaz'schen Denkens. Sein Verständnis von Sozialismus, an der Tradition des sog. utopischen Sozialismus, nicht am Marxismus orientiert, war umfassend: Setzt man nur auf die zentral organisierte Enteignung der Produktionsmittel, so führt dies zwar zu einem ökonomischen Machtwechsel, beseitigt aber nicht notwendigerweise Macht und Unterdrückung überhaupt, gerade was die durch den Staat verübte Macht angeht. Die Revolution muß alle Bereiche des Lebens erfassen, einen neuen Menschen hervorbringen. Sie hat daher ihr Zentrum in der pädagogischen Revolution.

#### Bildung und Basisgemeinschaft

Was ist aber nun die Pädagogische Revolution, wie sie Ragaz sich vorstellt? Ragaz ging natürlich aus von Vorstellungen seiner Zeit, die ihn auch mit geprägt haben, sowohl hinsichtlich pädagogischer Institutionen wie hinsichtlich pädagogischer Inhalte. Aber er hat den zeitgenössischen Vorstellungen eine Wende gegeben, sie in neue

Zusammenhänge gestellt und weitergeführt. Er erinnert mich in dieser Hinsicht an den Evangelisten Johannes, der dualistische Vorstellungen seiner Zeit aufgenommen, diese aber mit neuem Inhalt erfüllt hat.

Beginnen wir mit der pädagogischen Institution. Ragaz kannte die Volkshochschulbewegung in Dänemark und war beeindruckt von deren Idee und deren Möglichkeiten. Er wußte von den Bildungsbemühungen der Arbeiterschaft, wo man den Klassencharakter der Bildung erkannt hatte und zu überwinden suchte. Auch hatte Ragaz über die Landschulen von Hermann Lietz gelesen, in denen landwirtschaftliche und handwerkliche Arbeit in die Schulbildung integriert wird.

Aber Ragaz geht weit darüber hinaus:

- Neu ist das Mitspracherecht der Schüler, der Gedanke einer Demokratisierung von Schule und Hochschule;
- neu ist auch ein Gedanke, der der "Entschulung der Gesellschaft" (Ivan Illich) nahekommt: nämlich zuerst einmal die Schule dem autoritären Zugriff des Molochs Staat zu entziehen. Ragaz nennt das herrschende Schulsystem einen "Apparat der Knechtung der Kinder und Eltern", eine "Maschinerie, die wahrhaftig nicht besser ist als die des modernen Industrialismus". Hinsichtlich Gymnasium schildert er den Drill, die versteckte Feindschaft zwischen Lehrer und Schüler, den Schwindel, die Überbürdung mit einem Lehrplan, der durchgepaukt werden muß, die Müdigkeit, und er fügt bissig hinzu, "das ist dann der Weg zu hellenischer Lebensschönheit und höherer Menschlichkeit";
- Ragaz möchte nicht isoliert einen Bildungsbereich neugestalten, er legt vielmehr einen Plan für eine umfassende Neuorganisation des Schul- und Hochschulwesens vor. Darin sind Bildungs- und Berufsschule integriert; es gibt keine isolierte Volkshochschule; alles ist in einem umfassenden Gesamtschul- und Gesamthochschulsystem ineinandergeflochten;
- schließlich wird Bildung in die Basisgemeinschaft integriert. Schule ist nicht eine Institution neben der sich entfaltenden Lebensgemeinschaft, sie gehört in deren Zentrum, auch wenn zwecks Ausbildung in speziellen Fähigkeiten oder Wissenschaften besondere Institutionen nicht auszuschließen sind.

### Neu verstandene Gottesherrschaft

Kommen wir nun zu den Inhalten Ragaz'scher Pädagogik. Hier ist Ragaz eindeutig am deutschen Idealismus orientiert. Wenn er das Fehlen des Geistes in der Bildung beklagt, dann ist dies der Geist, der im Sinne von Kant, Fichte oder Hegel die Wissenschaften und das humane Dasein des Menschen im Innersten zusammenhält. Auch Pestalozzi, den Ragaz sehr verehrte, gehört in diese humanistisch-idealistische Tradition hinein.

Aber hier vollzieht Ragaz die für sein Gesamtkonzept entscheidende Wende: Er geht dabei sozusagen einen Schritt zurück, um einen Sprung nach vorn tun zu können. Geht man hinter den Idealismus zurück, so findet man als dessen Quelle die mittelalterliche Theokratie. Ragaz ist von ihr fasziniert. Der universale Geist Gottes wird im aufgeklärten Idealismus säkularisiert. Wir müssen uns nach Ragaz auf diese Gottesherrschaft zurückbeziehen, sie dann aber anders verstehen; das ist der Sprung nach vorn.

Ragaz spricht von einer neuen religiösen Kultur. Er beschreibt diese nur vage und allgemein, spricht von neuer Einheit in neuer Freiheit, von Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, die alle in Freiheit dem Gottesreich dienen. In ihrer gesellschaftlichen Erscheinungsform steht aber die neu verstandene Gottesherrschaft gegenüber der mittelalterlichen sozusagen auf dem Kopf: Sie wird nicht in einer Kirchenhierarchie von oben nach unten ausgeübt. Vielmehr wächst sie von unten her dort, wo sich die Suche nach sozialer Gerechtigkeit, nach dem Abbau der Herrschaft von Menschen über Menschen durchsetzt. Nicht, daß man politische Strukturen selbst als göttliche Herrschaft deutet; das wäre ein Irrweg. Vielmehr hat das hereinbrechende Reich Gottes eine soziale Dimension, nicht nur im individuellen, sondern auch im gesellschaftlichen Leben.

Später hat Ragaz noch stärker als es in der "Pädagogischen Revolution" sichtbar wird, den Blumhardt'schen Gedanken des verborgenen Drängens zum Reich Gottes in der Arbeiterbewegung aufgenommen: Wenn die Kirchen versagen, kann Gott auch mit Atheisten sein Reich bauen. Die Kirchen sind dabei gerufen, ihre Aufgabe in der Welt zu erkennen. Die Aufgabe besteht nicht in einem "christlichen" Sozialismus (wie er im 19. Jahrhundert auch versucht wurde), sondern darin, das schon vorhandene verborgene Wirken in der säkularen Arbeiterbewegung offenbar zu machen und auf die Seite derer zu treten, die unterdrückt werden.

Dies bedeutete wiederum nicht kritiklose Hinnahme alles

dessen, was in der sozialistischen Bewegung geschah. Ragaz sah auch die kritische Stelle in der Arbeiterbewegung, gerade was den kulturellen Aspekt angeht: Die Arbeiterbewegung hat keine neue Kultur hervorgebracht. Sie blieb in ihrem Bildungsverständnis an der Bourgeoisie orientiert, versuchte, so gut es geht, die Höhen des Bildungsbürgertums zu erreichen; sie wollte hoffähig werden. Wahrscheinlich hat vor Ragaz niemand so klar diese Schwachstelle der sozialistischen Arbeiterbewegung angesprochen.

### Friedens- und Alternativbewegung

Hier liegt auch ein Anknüpfungspunkt, wenn wir von der Pädagogischen Revolution als einer "Botschaft für unsere Zeit" sprechen. Wir erleben gegenwärtig eine Bewegung, die hinsichtlich ihrer Bedeutung mit der frühen Arbeiterbewegung verglichen werden kann. Sie wird nur unvollständig mit "Alternativbewegung", "Friedensbewegung", "ökologische Bewegung", "Jugendbewegung" umschrieben. Erhard Eppler nennt sie das "größte geistesgeschichtliche Ereignis seit der Französischen Revolution". Im Unterschied zur Arbeiterbewegung ordnet sie die materiellen Fragen in den breiten Kreis einer Erneuerung der Kultur ein.

Zum ersten Mal ist nicht mehr der Gedanke des Wachstums und technischen Fortschritts (der Kapitalismus und Arbeiterbewegung verband) entscheidende Richtschnur. Behutsamer Umgang mit den Gütern der Natur, Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts, bessere und ursprünglichere Formen im Leben von Basisgemeinschaften bei reduziertem Konsum sind neue Wertvorstellungen, die von unten her in die Praxis umgesetzt werden. Alternative Formen von Arbeitsplätzen werden geschaffen, Wirtschaftstheorien, die nicht auf Wachstum basieren, gewinnen an Interesse. Die Organisation "Netzwerk" bietet überörtlich Unterstützung für Alternativprojekte an.

Kristallisationspunkt für den neuen Aufbruch ist die Friedensbewegung geworden. In erster Linie geht es ihr um Aufbrechen des wahnsinnigen circulus vitiosus der Rüstung: Jeder will abrüsten und rüstet auf. Das Gespenst des Atomkrieges gewinnt immer mehr Gestalt. Man traut den verantwortlichen Politikern nicht mehr und sucht den als "politisch unrealistisch" verschrienen einseitigen Verzicht auf Nachrüstung von unten her durchzusetzen.

Daß es hierbei um mehr als um politische Meinung geht, drückt schon der beachtenswerte Slogan aus, der aus der

Friedensbewegung erwachsen ist: "Stellt euch vor, es ist Krieg und niemand geht hin". Es geht in zweiter Linie um eine Neuorientierung im gesellschaftlichen Verhalten, gegebenenfalls neben den oder gegen die etablierten politischen Strukturen. Man verweigert alte und sucht neue Wege. Man fragt nicht, ob man einen neuen Weg gehen darf, man geht ihn einfach.

Im kulturellen Bereich (im engeren Sinne) hat dies zu bekannten Konflikten geführt: das Ringen um alternative Jugendzentren ist für zahlreiche Großstädte, insbesondere Zürich, zu einem Alptraum geworden. Man möchte in den Jugendzentren Freiräume schaffen, wo Kreativität wieder vor Kulturkonsum rangiert, Selbstverwirklichung vor Berieselung, Kommunikation vor Unterordnung. Leistung ist nicht mehr Maß aller Dinge.

#### Nicht Angelegenheit von "Spinnern und Faulenzern"

Es scheint bereits der Punkt erreicht, an dem man Friedens- und Alternativbewegung nicht mehr als Angelegenheit einer "Minderheit von Spinnern und Faulenzern" abtun kann. Ein Überschwappen auf breite Schichten der Bevölkerung ist nicht mehr auszuschließen. Hierzu drei Beispiele:

a) In der Bundesrepublik ist in den letzten zwei Jahren mehr Energie eingespart worden als sämtliche Atomkraftwerke in den vergangenen zehn Jahren produziert haben. Der Wille zum Sparen ist nicht nur mit schlechterer wirtschaftlicher Lage zu erklären; er hat mit dem neu entdeckten Bewußtsein zu tun, daß Energieeinsparung einen gesellschaftlichen Wert darstellt.

b) Wegen Umbaus des Schauspielhauses ist in Hamburg die Schauspielgruppe vorübergehend in eine leerstehende Fabrik umgezogen. Sie nutzte die Chance zu einem neuen Stil, wie er durch die Alternativszene schon bekannt ist: Theater nicht als Treffpunkt vornehm gekleideter Bourgeoisie, sondern als Ereignis, in dem jeder ohne Anpassung akzeptiert ist. Schon der Werbespruch "Kommt wie ihr seid" ist eindrucksvoll - und geradezu christlich. Der Erfolg ist so durchschlagend, daß möglicherweise die Theatergruppe gar nicht ins Schauspielhaus zurück möchte. Man kann nur hoffen, daß der Hamburger Senat die für den Umbau vorgesehenen Millionen beizeiten umdirigiert und für ein neuartiges Kulturleben verwendet.

c) Besonderes Gewicht kann man aber einer Veränderung der bundesdeutschen Bevölkerung im Verhalten gegenüber der Friedensbewegung beimessen. Gemäß einer Umfrage in der

ersten Oktoberhälfte 1981 lehnen 10 % die Friedensbewegung ab, 19 % haben Bedenken, 20 % sind gleichgültig. Aber 39 % finden die Friedensbewegung grundsätzlich gut, und 9 % sind zu aktivem Engagement in ihr bereit. Das heißt also, 48 % auf der positiven Seite stehen nur 29 % auf der Negativseite gegenüber. Dies ist ein geradezu sensationelles Ergebnis, dessen politische Tragweite noch nicht abzuschätzen ist. Dabei fand die große Bonner Friedensdemonstration erst am 10. Oktober statt und ist noch kaum in die Befragung eingegangen.

Man kann davon ausgehen, daß die Friedensbewegung auf längere Sicht auch vor dem Eisernen Vorhang nicht haltmachen wird. So ist bekannt geworden, daß eine große Zahl (kirchlich aktiver) Jugendlicher entschlossen ist, im Falle eines militärischen Einmarsches in Polen den Befehl zu verweigern.

#### Orientierungshilfen

Angesichts der Friedens- und der Alternativbewegung stellt sich für Christen und für die Kirchen noch einmal die Frage, die sich bei der aufkommenden Arbeiterbewegung stellte: Wo ist unser Platz? Im Falle der Arbeiterbewegung entschied man sich weithin negativ. Nur wenige prophetische Christen wie Blumhardt und Ragaz sahen tiefer und erkannten in der Arbeiterbewegung Herausforderung und Chance, ja mehr noch: ein verborgenes Drängen zum Reich Gottes hin, das gegebenenfalls ohne oder gar gegen die Kirchen geschieht.

Vielleicht wird es im Falle der Friedensbewegung anders sein. Es ist schon ein gutes Omen, daß die große Bonner Friedensdemonstration vom Kirchentag in Hamburg her angelegt und mitorganisiert wurde. Viele christliche Gruppierungen (wie "Aktion Sühnezeichen") stellen die Verbindung zwischen politischem Frieden und der Friedensbotschaft des Evangeliums her. Man ist versucht, die Ragaz'sche Vision von einer veränderten Gesellschaft, einer "neuen religiösen Kultur" Wirklichkeit werden zu sehen.

Dennoch sind es bisher nur Ansätze, Anfänge, die weitergeführt werden müssen, insbesondere im sensiblen Bereich der Erziehung, einer Erziehung zu neuer Form der Gemeinschaft, zu einem von Freiheit und gegenseitiger Zuwendung geprägten Miteinander. Ragaz' "Pädagogische Revolution" setzt Zeichen, deren Bedeutung wir langsam begreifen und die uns helfen können, einen neuen Weg zu finden.

Noch stehen wir vor schier unüberwindlichen Hindernissen.

Ich denke etwa an eine Initiative "Freie Schule Bochum e. V.", zu deren Freundeskreis ich gehöre. Nach jahrelanger Vorarbeit hat ein Kreis von engagierten und feinsinnigen Lehrern schließlich ein Haus in einem Arbeiterviertel von Bochum gemietet, um mit einer alternativen Schule zu beginnen. Die mühsame Odyssee durch die Kultusbürokratie schien beendet, bis einige Wochen vor Eröffnung doch noch ein Rückzieher kam. Beachtlich ist der Mut der jungen Lehrer, mit einem Teil der angemeldeten Kinder illegal anzufangen und über eine öffentliche Auseinandersetzung die Frage nach Freiheit in unserem Bildungssystem aufzuwerfen.

Der Weg, den wir gehen, wird lang und mühevoll sein. Es wird Rückschläge und Niederlagen geben. Aber unser Ort als Christen in kritischer Solidarität mit und in der Friedens- bzw. Alternativbewegung steht unter der Verheißung Gottes. Ragaz' "Pädagogische Revolution" vermag daher Orientierungshilfen zu geben und ist so eine Botschaft für unsere Zeit.

Siegfried Katterle

## ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN UND PERSPEKTIVEN \*)

### 1. Die Arbeitsmarktlage und ihre Entwicklungsperspektiven

In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen auf fast zwei Millionen gestiegen; im Jahresdurchschnitt wird diese Zahl voraussichtlich etwa 1,7 Millionen betragen. Rechnet man zu diesen 1,7 Millionen die "stille Reserve" der nicht registrierten Arbeitssuchenden, die auf etwa die Hälfte der registrierten Fälle geschätzt wird, so heißt dies, daß im Jahr 1982 durchschnittlich 2,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos sind. Zugleich erreicht der den Arbeitsämtern gemeldete Bestand an offenen Stellen mit 100 - 150.000 ein kaum mehr unterbietbares Minimum.

Nachdem die registrierte Arbeitslosigkeit schon in der

\*) Vortrag bei der Mitgliederversammlung der "Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen" am 25.4.1982 in der Heimvolkshochschule Lindenhof, Bielefeld-Bethel

letzten Konjunkturkrise 1975 auf über 1 Million gestiegen war, ging sie in den Jahren der konjunkturellen Erholung nur wenig zurück und stieg mit dem Einbruch einer neuen Rezession seit Mitte 1980 wieder drastisch an. Die Massenarbeitslosigkeit ist also zu einem überzyklischen Phänomen geworden, das in Zeiten konjunktureller Erholung zwar quantitativ gemildert, aber nicht mehr beseitigt wird. Das bedeutet, daß sog. "Problemgruppen" schwer vermittelbarer Arbeitsloser (Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte, wenig Qualifizierte u. a.) *dauerhaft aus dem Beschäftigungssystem ausgegrenzt werden*. Diese dauerhafte Ausgrenzung zeigt sich darin, daß in den letzten Jahren nur noch 2/3 der registrierten Arbeitslosen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten haben. Ein erheblicher Teil langfristig Arbeitsloser ist also aus dem Unterstützungssystem ausgesteuert.

Bei einer anhaltenden Zunahme der Erwerbsbevölkerung in den 80er Jahren und einem sich durch umfassende Rationalisierungsprozesse eher noch beschleunigenden Produktivitätsanstieg muß von einer "bedrückenden Entwicklungsperspektive der Arbeitslosigkeit" (1) gesprochen werden: Während des ganzen Jahrzehnts wird die Zahl der Erwerbspersonen erheblich zunehmen, während das Angebot an Arbeitsplätzen weiter zu schrumpfen droht, weil das Wachstum des Sozialprodukts das trendmäßige Produktivitätswachstum kaum übersteigen wird. Wachsende Massenarbeitslosigkeit wäre die Folge.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage und ihre erkennbaren bedrückenden Entwicklungsperspektiven sind freilich kein unvorhergesehen über uns gekommenes Schicksal. Seit Jahren wurde - auch von der Bundesanstalt für Arbeit (2) - darauf hingewiesen, daß sich die Beschäftigungsprobleme in den 80er Jahren noch verschärfen werden, wenn dem nicht durch *langfristig angelegte arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Strategien* begegnet wird. Der Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat mit Recht gesagt, die derzeitige Beschäftigungskrise sei die am besten prognostizierte Krise des Jahrhunderts.

Obwohl also die hohe und steigende Arbeitslosigkeit als gravierende Fehlentwicklung unserer Wirtschaft lange vorausgesehen und ihre Bekämpfung als vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik deklariert wurde, "ist bisher wenig geschehen, um dem Mißstand wirksam zu begegnen. Resignierende Anpassung und die wechselseitige Zuweisung der Schuld beherrschen die Szene". (3)

## 2. Angebotsorientierung oder Nachfrageorientierung der Wirtschaftspolitik?

Dieser beschäftigungspolitische Attentismus - das zögerliche Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen und ihre Neigung zu resignierender Anpassung - ist Ausdruck eines Konflikts gesellschaftlicher Interessen, die sich zu ihrer Artikulierung unterschiedlicher nationalökonomischer Theorien bedienen. Diese Theorie-Alternative wird vereinfacht als (neoklassische) Angebotsorientierung versus (keynesianische) Nachfrageorientierung der Wirtschaftspolitik bezeichnet.

Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, wie sie die herrschende wissenschaftliche Meinung empfiehlt (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium), setzt ihre Hoffnung auf die Marktkräfte und die private Unternehmerinitiative, die - so wird behauptet - Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung von allein hervorbringen, wenn ihre Entfaltung nicht gehemmt und entmutigt wird durch "überzogene" Ansprüche der Gewerkschaften und des Staates. Hier feiert das alte klassisch-liberale Weltbild von der sozialen Harmonie und immanenten Stabilität des Marktsystems Urständ; diese Harmonie und Stabilität kann nur durch marktinkonformes Fehlverhalten der Gewerkschaften und staatlichen Instanzen gestört werden. In diesem Sinn wird behauptet,

- die Reallöhne in der Bundesrepublik seien "zu hoch"; darunter leide die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Weltmarkt, die Unternehmergewinne seien "zu niedrig", und die unternehmerische Investitionsbereitschaft werde entmutigt;
- die öffentlichen Ausgaben seien "zu hoch"; die Finanzierung dieser zu hohen Ausgaben durch Steuern belaste die Kosten und mindere die Gewinne der Unternehmen, ihre Finanzierung durch öffentliche Verschuldung verursache das investitionshemmende hohe Zinsniveau und verdränge private Investoren vom Kapitalmarkt;
- durch eine überzogene soziale Absicherung ("soziale Hängematte") leide die Leistungsbereitschaft und Arbeitswilligkeit der Bevölkerung;
- Bürgerinitiativen, staatliche Schutzgesetze und Auflagen (Arbeitsschutz, Mieterschutz, Umweltschutz u. a.) und langwierige Gerichtsverfahren hemmten die private Investitionsbereitschaft und verursachten einen "Investitionsstau".

Eine solche angebotsorientierte Wirtschaftspolitik fordert den Rückzug des politischen Systems aus beschäftigungspolitischer und sozialstaatlicher Verantwortung und die privatwirtschaftliche Ökonomisierung der Gesamtgesellschaft. Steuerliche Entlastung und günstigere Abschreibungsbedingungen für die Unternehmen, Abbau der Sozialausgaben zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine zurückhaltende Lohnpolitik (also eine massive Umverteilung zugunsten der Unternehmereinkommen); das seien die Voraussetzungen dafür, daß durch steigende Unternehmergewinne zusätzliche Investitionen zustandekämen. Dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslosigkeit abgebaut.

Eine so orientierte Wirtschaftspolitik erleben wir seit einigen Jahren am Beispiel Englands und der USA. Ein wirtschaftspolitischer Wille zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit ist bei den politischen Instanzen dieser Länder derzeit nicht vorhanden; eine politische Verpflichtung des Staates, zur Erzielung eines hohen Beschäftigungsstandes beizutragen, wird nicht anerkannt. In der Bundesrepublik wird eine solche Haltung von Teilen der CDU, der FDP und von Verbänden der Wirtschaft offen proklamiert; es ist auch nicht zu verkennen, daß der regierende Teil der SPD mehr und mehr diese Angebotsorientierung hinnimmt. (4)

Die vereinfachend als "nachfrageorientiert" bezeichnete Alternative geht demgegenüber davon aus, daß das Marktsystem nicht in sich stabil ist und nicht zu sozialer Harmonie führt, daß es vielmehr konjunktur- und strukturpolitischer Steuerung und sozialpolitischer Intervention bedarf, damit dieses System gesellschaftlich akzeptabel wird. Nach Abschluß der Rekonstruktionsperiode ("Wirtschaftswunder") nach dem 2. Weltkrieg haben sich seit den 60er Jahren die Phasen von Rezession und Krise im Konjunkturzyklus kräftiger ausgebildet und den Wachstumstrend deutlich abgeschwächt. Diese "Wachstumsschwäche" mit anhaltenden Rezessionen und labilen Konjunkturaufschwüngen wird als Rückkehr vom "Wirtschaftswunder" der Rekonstruktionsperiode zur Normalität einer spätkapitalistischen Ökonomie interpretiert. Mit Bezug auf die aktuelle Situation wird argumentiert, daß Unternehmer auch durch höhere Gewinne und niedrigere Kapitalmarktzinsen nicht zu arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen veranlaßt werden, solange ihre Absatzerwartungen pessimistisch bleiben, weil die Nachfrage stagniert oder nur zögernd wächst.

Die Vertreter einer nachfrageorientierten Strategie empfehlen aber nicht etwa eine globale Anregung der Nachfrage durch kreditfinanzierte öffentliche Ausgabenprogramme,

sondern sie fordern ein *mittelfristig angelegtes, auf qualitatives Wachstum zielendes, also strukturpolitisch orientiertes Beschäftigungsprogramm*, verbunden mit einer gleichzeitig durchgesetzten *Verkürzung der Arbeitszeit* (mittelfristiger Übergang zur 35-Stunden-Woche).

Gefordert werden etwa öffentliche Ausgabenprogramme für Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, für den Umweltschutz, den sozialen Mietwohnungsbau, für die berufliche Weiterbildung und Wiedereingliederung. Diese Vorstellungen beinhalten - mehr oder weniger explizit formuliert - ein *Umsteuern von Wirtschaft und Gesellschaft auf einen anderen, qualitativen Wachstumspfad*; sie sind also keineswegs nur nachfrageorientiert, sondern wollen *die Produktions- und Angebotsstruktur der Volkswirtschaft verändern*. Zum Teil wird auch über institutionelle Erfordernisse einer solchen Umsteuerung reflektiert, etwa über den Umbau des Wirtschaftssystems zur Wirtschaftsdemokratie durch Ausbau von Mitbestimmung auf allen Entscheidungsebenen, damit eine investitionslenkende aktive Strukturpolitik demokratisch konzipiert und durchgesetzt werden kann. Solche Auffassungen werden vertreten von den Gewerkschaften des DGB, von Teilen der SPD (etwa den Jungsozialisten und der im "Frankfurter Kreis" verbundenen SPD-Linken) und von Minderheiten von Wirtschaftswissenschaftlern, besonders der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die seit 1975 jährlich ihre "Gegengutachten" (Memoranden) publiziert. (5)

### 3. Die Finanzpolitik der Bundesregierung

Die öffentlichen Haushalte haben von 1977 bis in das Jahr 1980 hinein mit dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) strukturpolitisch gezielte Beschäftigungsimpulse gegeben. Durch dieses Programm wurde etwa die Hälfte des in diesen Jahren erreichten Beschäftigungszuwachses bewirkt. Seit dem Herbst 1980 wird jedoch mit hoher Priorität die Haushaltskonsolidierung angestrebt. Indem die Finanzpolitik dieser konservativen Parole folgte, verstärkte sie prozyklisch die Abschwungskräfte der gleichzeitig einsetzenden Rezession. Die seither betriebene Politik forcierten Sparens auf allen staatlichen Ebenen unter Einschluß der sozialen Sicherung weist im Verein mit der engen Anbindung der Geldpolitik an die USA in die Richtung eines *Rückzuges des Staates aus seiner beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Verantwortung*. Die "Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos" und der Abbau des Sozialstaates - in England und den USA als "Thatcherismus" und "Reaganomics" zum Regierungsprogramm gemacht - werden auch in der BRD inangeg-

bracht. Dies soll an den folgenden Beispielen genauer gezeigt werden.

### Beispiel Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz

So wurde durch das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz 1981 das Ende einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeläutet, für die 1969 mit dem Arbeitsförderungsgesetz - einem Gesetz der inneren Reformen - das Instrumentarium geschaffen worden war. Das Konsolidierungsgesetz 81 verfügte tiefgreifende Einschnitte bei Maßnahmen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen, der beruflichen Weiterbildung und der beruflichen Wiedereingliederung Behinderter dienen. (6) Der DGB hatte dagegen in seinen Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise vom März 1981 gewollt, daß gerade dieses arbeitsmarktpolitische Instrumentarium zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung der beruflichen Qualifizierung und zur Wiedereingliederung in seinem Volumen ausgeweitet werden sollte. Er hatte ferner darauf hingewiesen, daß Arbeitslosigkeit "kein individuelles, sondern gesamtgesellschaftliches Risiko darstellt", weshalb die angemessene Finanzierung eines erweiterten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums in der Einführung eines Arbeitsmarktbeitrags bestehe, der von allen am Erwerbsleben Beteiligten aufzubringen wäre. (7)

Die von der Bundesregierung entgegen diesen Empfehlungen vorgenommenen Einsparungen bewirken natürlich eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen, sodaß die Bundesanstalt für Arbeit künftig anstelle von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosengeld zu finanzieren hätte. Diese Folge wurde dadurch abgewendet, daß die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärft, die originäre Arbeitslosenhilfe eingeschränkt und die Regelungen für die Zumutbarkeit einer von einem Arbeitslosen anzunehmenden Tätigkeit verschärft wurden. "Zumutbarkeit - eine Zumutung für die Schwachen" war ein Artikel im Sonntagsblatt treffend überschrieben. (8) Werden aber die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld auf solche Weise manipuliert, so fallen mehr Personen in das unterste soziale Netz und werden zu Sozialhilfeberechtigten. Also wurden auch die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz gekürzt. Neben einigen skandalösen Einzelmaßnahmen - so müssen die Eltern schwerbehinderter Kinder, die in Heimsonderschulen gefördert werden, künftig die gesamten Lebenshaltungskosten, die das Kind im Heim verursacht, selbst aufbringen (9) - wurde vor allem die Regelsatzanhebung auf 3 % begrenzt. Das bedeutet, daß die Inflationsrate nicht ausgeglichen wird, also die Unter-

stützungszahlungen real gekürzt werden.

Hier ist eingetreten, wovor der "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken in einem Diskussionsbeitrag "Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit" eindringlich gewarnt hatte: daß nämlich "mit dem Schlagwort der Haushaltskonsolidierung Entwicklungen verstärkt werden, die schon jetzt dem Anspruch sozialdemokratischer Politik, die Lage der sozial Benachteiligten zu verbessern, diametral entgegenlaufen". Der "Frankfurter Kreis" hat auch auf die für die politische Glaubwürdigkeit unserer Gesellschaftsordnung gefährlichen Folgen eines solchen "Entzugs der sozialstaatlichen Loyalitätsgrundlagen" hingewiesen: "Sollte sich im Krisenfälle diese letzte soziale Sicherung als unzuverlässig, als nach unten manipulierbar erweisen, so wird dies für die Loyalität der ohnedies 'Zukurzgekommenen' zu dem heutigen Staatswesen von ganz erheblicher Bedeutung sein. Wer sich jetzt durch die öffentlichen Reizworte 'Mißbrauch' und 'Mittelknappheit' verblenden läßt, soll sich über eine Beschleunigung sozialer Kämpfe nicht wundern." (10)

#### Beispiel "Gemeinschaftsinitiative"

Bei der Vorlage ihres Jahreswirtschaftsberichtes im Februar 1982 hat die Bundesregierung eine "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" angekündigt. Den Kern dieser Initiative bildet eine zeitlich befristete Investitionszulage von 10 % für im Jahr 1982 durchgeführte bzw. in Auftrag gegebene Anlageinvestitionen, soweit sie das durchschnittliche Niveau der Jahre 1979 - 1981 überschreiten.

Nach der bereits vorher beschlossenen Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten für die Unternehmen sollen auch durch diese weitere Maßnahme private Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze angereizt werden. Diese Maßnahme hat jedoch keine mittelfristige Perspektive. Sie ist allenfalls geeignet, ein kurzfristiges Strohfeuer anzufachen, indem Investitionen, die für die kommenden Jahre ohnehin geplant sind, noch im Jahr 1982 in Auftrag gegeben werden, damit die Subvention mitgenommen werden kann.

Zur Finanzierung dieser Investitionszulage soll der Mehrwertsteuersatz zur Jahresmitte 1983 um einen Prozentpunkt auf 14 % angehoben werden. (10a) In einer Situation allgemeiner Nachfrageschwäche und nicht ausgelasteter Produktionskapazitäten bedeutet dies einen Entzug von Massen-

kaufkraft, der vor allem das reale Einkommen der weniger Verdienenden trifft. Dies ist konjunkturpolitisch wie sozialpolitisch umso fragwürdiger, als die Regierung an der für 1984 geplanten Senkung der Einkommensteuersätze festhält, die vor allem den Beziehern höherer Einkommen zugutekommt: "Belastet werden per Saldo weniger Verdienende und Rentner, während die Bezieher hoher Einkommen profitieren." (11)

Neben dieser kurzfristig angelegten, konjunktur- und beschäftigungspolitisch ineffektiven Investitionszulage enthält die "Gemeinschaftsinitiative" allerdings ein langfristig folgenreiches Element, das wiederum eine innere Reform der frühen 70er Jahre - nämlich das Wohnraumkündigungsschutzgesetz von 1971 - ein Stück zurücknimmt: Zur Anregung des privaten Mietwohnungsbaus soll der Mieterschutz durch Einführung von Staffelmieten bei Neubauten und durch Vereinfachung des Mieterhöhungsverfahrens (stärkere Ausrichtung des Vergleichsmietensystems an der gegenwärtigen Marktlage) abgebaut werden. Beschwichtigend wird darauf hingewiesen, im Gesetz solle vorgesehen werden, "daß die Miete durch solche Mietanpassungen innerhalb von drei Jahren insgesamt um nicht mehr als 30 % (1) erhöht werden darf." (12)

Diese Beispiele zeigen, daß die Bundesregierung dabei ist, unter den Parolen von Mißbrauchskorrekturen und Sparerfordernissen eine *gesellschaftspolitische Wende* ingangzusetzen. Die geschilderten Fälle sind keine zufälligen Fehlentscheidungen. Vielmehr wird "in dem Maße, in dem die *Wirtschaftspolitik* Abschied von der Vollbeschäftigungsorientierung nimmt und infolgedessen die Arbeitslosigkeit noch stärker steigt, auch die *Sozialpolitik* zurückgenommen ..., weil *Abkehr von der Vollbeschäftigungsorientierung* und *Abbau der sozialen Sicherung* Bestandteile derselben ideologischen Grundlinie sind: dem Markt und seiner Gesetzlichkeit freie Bahn zu schaffen". (13)

#### 4. Die restriktive Geldpolitik der Bundesbank

Zur Begründung für den Verzicht der Regierung auf eine aktive, strukturorientierte Beschäftigungspolitik und für den Abbau sozialstaatlicher Sicherungen wird oft das hohe Zinsniveau und die hohe öffentliche Verschuldung herangezogen. Die hohe öffentliche Verschuldung, heißt es, führe zu hohen Zinskosten der öffentlichen Haushalte und verhindere ein Absinken des Zinsniveaus, das Voraussetzung sei für eine höhere Investitionsneigung der privaten Unternehmen. Deshalb müßten die öffentlichen Ausgaben reduziert und die Haushalte konsolidiert werden.

Das anhaltend hohe, konjunkturpolitisch verkehrte Zinsniveau ist aber gerade nicht Ergebnis von Marktkräften, sondern ist gewolltes Ergebnis der Geldpolitik der Bundesbank. Die Bundesbank hat nicht nur wiederholt zur Stützung des DM-Kurses gegenüber dem US-Dollar interveniert, sondern sie hat vor allem die Wachstumsrate der Geldmenge unter der Wachstumsrate des Produktionspotentials gehalten, ist also von ihrer selbst deklarierten Leitlinie einer "potentialorientierten Geldpolitik" abgewichen.

Die Bundesbank behauptet, sie müsse aus außenwirtschaftlichen Gründen - wegen der hohen Nominalzinsen des stärker inflationierenden Auslands (besonders der USA) und um das durch die zweite Ölpreisexplosion 1979 bewirkte Leistungsbilanzdefizit durch Kapitalimporte zu finanzieren - eine scharf restriktive Geldpolitik betreiben. Ein internationaler Vergleich zeigt jedoch, daß die Realzinsen (also die um die Inflationsrate verminderten Nominalzinsen) in der BRD seit Anfang der 70er Jahre immer erheblich über denen der USA, Japans und über dem Durchschnitt der EG-Länder liegen. Angesichts unserer im internationalen Vergleich niedrigen Inflationsrate und der bereits eingetretenen kräftigen Rückbildung des Leistungsbilanzdefizits besteht also für die Bundesbank *ein erheblicher zinspolitischer Handlungsspielraum*, den sie bisher nicht konjunkturpolitisch nutzt. Die Beibehaltung hoher Realzinsen "erhöht den Anreiz zur Geldkapitalbildung und läßt die Investitionsneigung in Sachkapital zurückgehen. ... Eine allgemeine (Real-) Zinssenkung ist Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit". (14)

Gerade für den weiteren Abbau des Leistungsbilanzdefizits, das ja wesentlich durch die Ölrechnung hervorgerufen wurde, sind in großem Umfang langfristige Investitionsprogramme zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung erforderlich. Die Finanzierung solcher Programme wird aber durch die Hochzinspolitik der Bundesbank erschwert.

Der DGB hat deshalb an den Anfang seiner Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise einen "Kurswechsel in der Geldpolitik" gestellt, der eine "Abkehr von der bisherigen Politik des Wettlaufs um hohe Zinsen mit dem Ausland" einleitet. (15)

##### 5. Die Forderungen des DGB zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise

Ich möchte nun diese Forderungen des DGB zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise in Kürze vorstellen, weil ich meine, daß diese Forderungen eine Grundlage für die Konsens-

bildung derjenigen gesellschaftlichen Kräfte bilden können, die sich gegen die gesellschaftspolitische Wende zur Wehr setzen wollen.

Im Mittelpunkt der DGB-Forderungen steht ein *mittelfristiges Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum*. Dieses Programm, für das 50 Mrd. DM zusätzliche Ausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden bis 1985 gefordert werden, wäre gerade keine kurzfristige "Konjunkturspritze", sondern ein politisches Führungsinstrument für die *gezielte Entwicklung gesellschaftlich wichtiger Bereiche* zur Durchsetzung eines neuen qualitativen Wachstums. Der DGB knüpft damit an Forderungen an, die er bereits 1977 in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung erhoben hat.

Das Programm fordert an erster Stelle Ausgaben zur *rationellen Energieverwendung* durch Ausbau der Fernwärmeversorgung mit Abwärmenutzung und verstärktem Einsatz der Kraftwärme-Koppelung mit umweltschonender Verbrennungstechnik (z. B. Wirbelschichtfeuerung) sowie Fortführung und Aufstockung des *Heizenergie-Einsparprogramms* (Wärmedämmung und Einführung energiesparender Heizungstechnologien).

Ferner werden gefordert: Verstärkung des *sozialen Mietwohnungsbaus* in Ballungsgebieten und verstärkte öffentliche Anstrengungen zur Deckung besonderer Wohnbedarfe (z. B. Studentenwohnheime), *Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen* im Rahmen der Verkehrsberuhigung städtischer Quartiere, Ausbau des kommunalen Personennahverkehrs, Ausbau von Radwegenetzen, wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Entsorgung und Wiederverwertung von Müll, Neubau bzw. Ausbau moderner Schulen (Gesamtschulen, Ganztagschulen), Verbesserung der Voraussetzungen für die Eingliederung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in das Bildungssystem, Verbesserung der Lernsituation durch mehr Lehrer für kleinere Klassen.

Dies sind Beispiele für gesellschaftliche Bereiche, die nach der Vorstellung des DGB vorrangig zu entwickeln sind. Abgesehen von den zuletzt erwähnten Beispielen aus dem Bildungsbereich tritt nach meinem Dafürhalten in diesem Katalog der Ausbau des Angebots *öffentlicher Dienstleistungen* zu sehr hinter den investiven Programmen - deren Bedeutung nicht bestritten wird - zurück. Ich denke besonders an *Versorgungsdefizite im Bereich der Humandienste* (Jugendarbeit, Altenarbeit, Behindertenhilfe, Betreuung Suchtgefährdeter, Resozialisierung Straffälliger, Frauenhäuser u. a.). In diesen Bereichen haben

sich vielfach *Selbsthilfeinitiativen* gebildet (etwa für Frauenhäuser, Familientherapie, Kinderbetreuung, alternative Kulturzentren, Beschäftigungs- und Sozialisationsangebote für Arbeitslose), in denen gesellschaftlich wertvolle Arbeit getan wird, die nun durch die drastische Einschränkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei öffentlichen Trägern erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Ein derartiges Programm zusätzlicher Ausgaben von 50 Mrd. DM bis 1985, das ebenso wie vom DGB auch vom "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken gefordert wird, bewegt sich übrigens in einer eher bescheidenen Größenordnung. Auf der Grundlage von Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein Ausgabenprogramm mit einem Volumen von 200 Mrd. DM für die 80er Jahre - also für das ganze Jahrzehnt - vorgeschlagen.

#### 6. Die Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms

Zur Finanzierung eines solchen Ausgabenprogramms denken die Befürworter an eine Reihe von Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung und zur Erhöhung von Steuereinnahmen (Ausgabenbegrenzung durch Einfrieren des Verteidigungshaushalts und der Ausgaben für die Agrarmarktordnung, Einführung von Einkommensgrenzen beim Kindergeld u. ä.; Erhöhung von Steuereinnahmen durch Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer auf hohe Einkommen, höhere Abschöpfung der Zufallsgewinne ("windfall-profits") der in der BRD fördernden Ölkonzerne, Abschaffung des Ehegattensplittings für Spitzenverdiener sowie des Kinderbetreuungsbetrags, der die Bezieher hoher Einkommen begünstigt u. a.). Ferner wird eine *Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme* als möglich und nötig angesehen. Mit zusätzlichen Krediten gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen und die Struktur unserer Volkswirtschaft auf einen qualitativen Wachstumspfad auszurichten ist vernünftiger als Arbeitslosigkeit und die sozialen Schäden in ihrem Gefolge zu finanzieren.

Der atavistische Haushaltskonsolidierungstrieb, der die einseitig beeinflusste öffentliche Meinung weithin beherrscht, hat die Staatsverschuldung zu einem Tabu hochstilisiert. Die altväterische Vorstellung, Sparsamkeit und Bescheidenheit werde stets alles zum Guten wenden, verdrängt die Erkenntnis, daß Staatsverschuldung als ein "rational begründetes, eigenständiges Instrument strukturorientierter Ressourcenmobilisierung" (16) eingesetzt werden kann. Die Geldvermögensbildung sowohl der privaten Haushalte wie der Unternehmen steigt kontinuierlich

an und wird durch die verkehrte Hochzinspolitik noch zusätzlich angereizt. Unternehmensgewinne werden aufgrund pessimistischer Absatzerwartungen nicht in Sachanlagen investiert, sondern in Geldvermögen angelegt. "Diese Tendenz zum 'Übersparen' durch private Haushalte und Unternehmen schlägt sich in einem Rückgang der Produktion und der Gewinne nieder." (17)

In dieser Situation kommt der öffentlichen Hand die politische Führungsfunktion zu, dieses Geldvermögen, das von den privatwirtschaftlichen Antriebskräften des Marktes mangels befriedigender Absatz- und Gewinnchancen nicht mobilisiert wird, durch *Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgabenprogramme* für den Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Schaffung zukunftsorientierter Entwicklungsbedingungen heranzuziehen. Die mit der Staatsverschuldung verbundene Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte würde durch die Abkehr der Bundesbank von ihrer falschen Hochzinspolitik reduziert. Überdies könnten die Geschäftsbanken verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einlagen in niedrig verzinslichen Staatsschuldtiteln anzulegen. Schließlich wäre auch eine zinslose Übernahme eines Teils der Staatsverschuldung durch die Bundesbank im Rahmen der von ihr geplanten jährlichen Geldmengenzuwächse möglich und zur Senkung der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte zweckmäßig. (Durch Senkung der Mindestreserven, Erhöhung der Rediskontkontingente, Nettokäufe von Geldmarktpapieren und Devisen und andere geldpolitische Maßnahmen erhöht die Bundesbank kontinuierlich die Geldmenge - und damit die Kreditschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken - mit einer Rate, die am Wachstum des Produktionspotentials orientiert ist bzw. daran orientiert sein soll. Die zinslose Übernahme eines Teils der jährlichen Nettoverschuldung des Bundes durch die Bundesbank könnte zu einem weiteren Instrument gemacht werden, über das diese geplanten Geldmengenzuwächse bewirkt werden.)

#### 7. Die wirtschaftsordnungspolitische Komponente eines Beschäftigungsprogramms

Ein strukturpolitisch gezieltes Beschäftigungsprogramm will mehr Beschäftigung durch qualitatives Wachstum erreichen. Die mit öffentlichen Mitteln durchgeführten bzw. geförderten Investitionen sollen die Produktionsstruktur auf eine politisch gewünschte Entwicklung umsteuern, die nicht durch Marktkräfte bewirkt wird.

In diesem Zusammenhang begegnet uns die konservative Behauptung eines durch staatliche Schutzgesetze und durch

Bürgerinitiativen verursachten "Investitionsstaus", der mitverursachend sei für die Hemmung der Marktkräfte und für die Entstehung der Arbeitslosigkeit. Der DGB wendet sich gegen dieses "Operieren mit unbeweisbaren Zahlen über die Größenordnung eines sog. 'Investitionsstaus'", vor allem aber "gegen alle Versuche, notwendige Reformgesetze zum Schutz der Menschen und der Umwelt als 'Investitionshemmnisse' zu diffamieren und abzuschaffen". (18)

Diese sog. Investitionshemmnisse sind ja letztlich "Ausdruck der Tatsache, daß der traditionelle Wachstumstyp des Kapitalismus in der BRD nicht mehr vorbehaltlos hingenommen wird", (19) weil er mit Schäden und sozialen Kosten verbunden ist, die sich nicht in Marktgrößen niederschlagen. Deshalb reicht die Kapitalrentabilität von Investitionen nicht aus als Maßstab für ein wünschenswertes Wachstum.

Ein Beschäftigungsprogramm, das zugleich ökonomische Strukturreformen zur Umsteuerung auf qualitatives Wachstum bewirken will, kann durch verschiedene ordnungspolitische Maßnahmen noch wirksamer gestaltet werden.

So könnten mit Branchen oder einzelnen Unternehmen, die durch öffentliche Investitionshilfen oder Nachfrageprogramme begünstigt werden, *beschäftigungspolitische Auflagen und preispolitische Leitlinien* vereinbart werden, damit die öffentlichen Nachfrageimpulse auch tatsächlich zu den angestrebten Produktions- und Beschäftigungsausweitungen führen und nicht durch monopolistische Preiserhöhungsstrategien marktmächtiger Unternehmen unterlaufen werden. Auch Auflagen zur administrativen Durchsetzung von Energiesparmaßnahmen oder Umweltschutzmaßnahmen könnten mit solchen Begünstigungen verbunden werden. (20)

Ferner könnten *öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen zu Instrumenten einer alternativen Wirtschaftspolitik* gemacht werden, die die angestrebten gesamtwirtschaftlichen Ziele durch ihr einzelwirtschaftliches Handeln beispielgebend umsetzen. Diese Möglichkeit wird z. B. vom "Frankfurter Kreis" in Anlehnung an die Beispiele Frankreich und Österreich hervorgehoben. (21) Öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen müßten also von ihren Trägern satzungsgemäß verpflichtet werden, zur Erreichung öffentlicher, gesellschaftlich vereinbarter Entwicklungsziele beizutragen und über diesen Beitrag in ihren Geschäftsberichten und Sozialbilanzen Rechenschaft abzulegen.

Schließlich gehört in den Zusammenhang solcher ordnungspolitischer Maßnahmen die *Einrichtung demokratischer Institutionen für die Planung und Lenkung von Wachstum und Struktur*. Der DGB hat deshalb in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung von 1977 konsequent eine vorausschauende investitionslenkende Strukturpolitik gefordert, die durch Institutionen einer gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung (Wirtschafts- und Sozialräte) zu planen und gegenüber privaten Gewinninteressen durchzusetzen wäre. (22) Die damit angestrebte systemverändernde Reform der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Unternehmenspolitik in die Richtung einer sozialistischen Wirtschaftsdemokratie würde die Planung und Durchsetzung des Strukturwandels von der Priorität privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung lösen und ihre Ausrichtung auf gesellschaftlich vereinbarte Beschäftigungs- und Versorgungsziele ermöglichen.

Eine solche Erhöhung der gesellschaftlichen und politischen Kontrolle des ökonomischen Systems kann freilich nur im Verlauf und als Ergebnis gesellschaftlicher Konflikte durchgesetzt werden. Es handelt sich nicht um interessenneutrale pragmatische Maßnahmen, sondern um Veränderungen, die gegen die Vorherrschaft kapitalorientierter Interessen auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen und politischen Systems erkämpft werden müssen und die das ökonomische System schrittweise an neuen Kriterien eines qualitativen Wachstums ausrichten.

#### Anmerkungen

- 1) DIW-Wochenbericht 11/1982, S. 162
- 2) Bundesanstalt für Arbeit (J. Kühl, A.G. Paul, D. Blunk): Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978
- 3) So heißt es in einem Aufruf zu einer beschäftigungspolitischen Initiative, den eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern im Januar 1982 veröffentlicht hat; siehe "Arbeitslosigkeit bisher nicht wirksam bekämpft", Frankfurter Rundschau vom 20.1.1982
- 4) Siehe diesbezüglich den Brief des Stuttgarter Bezirksleiters der IG Metall, Franz Steinkühler, an den Bundesfinanzminister (Frankfurter Rundschau vom 23.11.1981); ähnlich der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, an die Adresse des Bundeskanzlers (Stern Nr. 17/1982, S. 210)
- 5) Die Kurzfassungen der "Memoranden" werden jeweils in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht, das jüngste findet sich in Heft 5/1982

- 6) Siehe dazu U. Engelen-Käfer: Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz - Arbeitsmarktpolitik am Scheideweg, WSI-Mitteilungen 2/1982
- 7) DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, DGB-Informations-Dienst 2/1981, S. 10 f.
- 8) F. Bünte: Zumutbarkeit - eine Zumutung für die Schwachen, Mangelware Solidarität, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 4.4.1982
- 9) Eine im "Jahr der Behinderten" erdachte Regelung! Siehe dazu M. Menge: Aus mit der Solidarität. Sparen an schwerbehinderten Kindern, Die Zeit vom 30.4.1982
- 10) "Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit - Entwurf für eine sozialdemokratische Politik". Ein Diskussionsbeitrag des "Frankfurter Kreises", Frankfurter Rundschau vom 19.11./20.11./21.11.1981
- 10a) Im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat mußte die Regierung inzwischen auf diese Absicht verzichten
- 11) DIW-Wochenbericht 11/1982, S. 164
- 12) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 19/1982, S. 1
- 13) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '82. Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung (Langfassung), Manuskript, S. 40
- 14) DIW-Wochenbericht 11/1982, S. 156
- 15) DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, a.a.O., S. 1
- 16) "Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit", a.a.O.
- 17) ebenda
- 18) DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, a.a.O., S. 8
- 19) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '82, a.a.O., S. 142.
- 20) Vgl. DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, a.a.O., S. 7
- 21) "Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit", a.a.O.
- 22) Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, hg. vom Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf 1977, S. 8, S. 10.

## BUCHBESPRECHUNGEN

*Ingeborg Drewitz: Kurz vor 1984. Literatur und Politik. Essays, Radius-Verlag, Stuttgart 1981, 215 Seiten*

"Kurz vor 1984" ist kein Buch, das man gemütlich im Sofa verschlingt, sondern eins, mit dem man sich rational und emotional auseinandersetzen muß - voller Engagement, "kritischer Solidarität" (so Walter Dirks im Vorwort), wo das "Gefühl der Zugehörigkeit zu den Bedrohten", sozial Benachteiligten, politisch Verfolgten und Verfemten ohne daß man "ein sich selbst aufgebender Flüchtling vor der Wirklichkeit" (Jean Améry) wäre, aus allen Zeilen lugt.

Das Buch mit dem Untertitel "Literatur und Politik. Essays" faßt Reden, Aufsätze und Reflexionen zusammen, die zumeist in den 70er Jahren erstmals veröffentlicht und nun von Ingeborg Drewitz mit der Intention zusammengestellt worden sind, "Rechenschaft über das Nachdenken über die Demokratie und in die Demokratie hineinzugeben, um Konflikte greifbar zu machen" (208). Es fängt die Ängste einer älteren Generation ein, die die faschistische Diktatur und den Aufbau des demokratischen Modells erlebte - Ängste vor dem Verschleiß dieser Demokratie und ihres Utopiegehaltes durch die Alltagsgeismen.

Das "Unbehagen in der Kultur" äußert sich als Zeitkritik und knüpft an Gegenwartsproblemen an: an dem Emanzipationsproblem der Frau, an Rüstungsfragen, der Perspektivlosigkeit der Jugend, dem Strafvollzug, der Folter, der Gastarbeiterabschiebung, dem Neonazismus und Terrorismus. In die Darstellung fließt Ingeborg Drewitz' subjektiver Erfahrungshorizont als Frau, Schriftstellerin, Trägerin der verschiedensten Rollen mit ein, macht sie stellenweise hautnah, rückt dann wieder durch die Distanz, die sie in der Reflexion schafft, vom Leser weg, zwingt durch Nüchternheit und Thesenhaftigkeit zur Auseinandersetzung. Wenige der Essays sind im eigentlichen Sinne literarisch - es sind sozusagen Gebrauchstexte, die die kritische Rezeption durch den Leser herausfordern, Texte, die nicht utopisch die große Veränderung propagieren, sondern an kleinen Dingen ansetzen, um "1984", Orwells schreckliche Anti-Utopie, zu vertreiben. Der "Große Bruder" hat sich schon in unsere Lebenswirklichkeit eingeschlichen und kann nur wieder daraus verscheucht werden, wenn jeder von uns für die Gefahren sensibel wird, die der Demokratie auflauern. Glücklicherweise wird eine neue Sensibilität schon sichtbar - in der wachsenden Unzufriedenheit der Jugend, der Systemkritik der Alternativen, die zum Handeln bereit sind.

Das Individuum soll durch dieses Buch ermutigt werden, sich für eine lebenswerte Zukunft zu engagieren, sie politisch, wirtschaftlich, auf zwischenmenschlicher Ebene zu gestalten. Ingeborg Drewitz schildert selbst in "Engagiert leben" (195-199) aggressiv und pointiert, wie solch ein Versuch, das Leben selbst in die Hand zu nehmen, aussehen kann.

Zu den einzelnen Kapiteln: Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit der Organisation der Schriftsteller in der BRD, ihrer politisch-sozialen Situation, vermittelt Informationen zur Literaturproduktion, zur Lesekultur, zur Funktionsweise des Buchhandels. Er ist für Nicht-Schriftsteller und Nicht-Literaturwissenschaftler nicht immer leicht nachvollziehbar, rückt aber das Image vom gut verdienenden, heiß umworbenen Schriftsteller-Star mit Massenaufträgen gerade, läßt Existenzängste und Finanzkrisen der Mehrzahl der Schriftsteller ebenso deutlich werden, wie deren Unfreiheit und Abhängigkeit von der "Auftragsbrotarbeit".

Im zweiten großen Kapitel geht es um die Emanzipation der Frau als Aufgabe und Freiraum in der modernen Industriegesellschaft. Der Standpunkt ist nicht ein radikal feministischer, wie man ihn aus der neueren Frauenliteratur und -bewegung kennt, die von Ingeborg Drewitz als "Irritation" und "Zwischenstation" (96) interpretiert wird, sondern eher ein humanitärer, der mit dem Anspruch auftritt, das Individuum und auch das Paar neu zu reflektieren. Es geht der Autorin primär um das Dilemma, in das die Frau sich begibt, wenn sie Beruf und Familie sinnvoll gestalten will, wobei angemerkt sei, daß die Kleinfamilie ja schon seit geraumer Zeit nicht mehr unumstritten ist. Obwohl deutlich wird, daß die Familie keine Arbeitsgemeinschaft mehr darstellt, drängt sich doch fast der Eindruck auf, als existiere sie noch ungebrochen, da Singles oder Wohngemeinschaften als neue Lebensformen - wie immer man sie bewerten mag - keine Erwähnung finden.

Wenn die Emanzipation auch als gemeinsame Aufgabe für Männer und Frauen gesehen wird, sind es doch eher die Frauen, die dazu "berufen sind, Utopien bewohnbar zu machen" (93). "Denn wenn die Frauen die Freiheit gewinnen, sich als Frauen zu behaupten, anstatt sich ins Rollenschema der von den Männern geprägten Industriegesellschaft einzupassen, werden die Qualitäten ihres Geschlechts wieder wirksamer werden" (81). Es ist sicher wichtig, wenn Ingeborg Drewitz dafür plädiert, daß das "Weibliche" in unserer Gesellschaft mehr Bedeutung gewinnen und ein Gegengewicht zum "männlichen" Leistungsdenken darstellen sollte - dennoch polarisiert sie ein wenig, wenn sie auf die eine Seite den Mann stellt, der Gefühlskälte erfährt und in seiner

Literatur zum Ausdruck bringt, und auf der anderen Seite die Frau, die in ihrer "physischen Hochleistungszeit" (74) Kinder bekommt und ihre "schöpferische Potenz" (75) erst nach der Erziehung ihrer Kinder freisetzen kann. Gewiß ist dieses Männer-Frauen-Bild in unserer Gesellschaft verbreitet, aber hat der Mann keine Gefühlsbindungen zu verteidigen? Leiden nicht gerade viele junge Männer an den Erfordernissen der Industriegesellschaft, entdecken sie nicht die Erziehung ihrer Kinder als neues Erfahrungsfeld, lehnen sie nicht ihre Rolle als autoritäre Zuschauer-Väter, die den drohenden Zeigefinger des Über-Ich verkörpern, ab? Spiegelt sich nicht auch in der Literatur der Männer die Suche nach einer neuen Sensibilität, wie wir sie auch in der neueren Frauenliteratur finden?

Die letzten drei Kapitel "Deutsche Ängste - Zum Thema Berufsverbote", "Neonazismus - keine Bagatelle mehr" und "Die Welt, die uns angeht" gefallen mir sehr, weil sie Ungerechtigkeiten und politische Mißstände unmittelbar am Schopfe fassen, ob es hier nun um die 14. Strafrechtsreform geht oder um das Plädoyer gegen die Verjährung von Nazi-verbrechen und die Einschätzung des sich verbreitenden Neonazismus. Interessant sind auch eine Rede zur Aktionswoche von amnesty international, ein persönlicher Bericht vom internationalen PEN-Kongreß in Rio de Janeiro und die Tagebuchnotizen und Erzählungen aus ihrer Arbeit mit politischen Gefangenen.

Ingeborg Drewitz lebt engagiert. Doch wie soll die Utopie, die anstelle von Orwells Anti-Utopie treten soll, aussehen? "Kann es denn sein, daß wir lernen müssen, das Ich nicht mehr so wichtig zu nehmen? ... Wir müßten den Gedanken an die Völkerfamilie neu beleben, wie er im Vormärz in den europäischen revolutionären Bewegungen geläufig war. Wir sollten die Gleichung 'Erfolg ist Ich-Identität' überwinden. Wir sollten uns mit den außereuropäischen Kulturen ohne Ich auseinandersetzen" (194/195). Doch kann uns wirklich ein Ich-Verlust retten? Kann eine "Völkerfamilie" auf diesem Wege realisiert werden? Ist es nicht gerade das Problem unserer Gesellschaft, daß es so viele Pseudo-Identitäten gibt oder aber das Individuum seine Identität ganz verlor? Warum sonst dieser Trend zur Psychologisierung, daß man gar von Psychoboom spricht? Oder meint Ingeborg Drewitz, daß der Mensch sich aus den Alltagsgeismen befreien sollte, um zu einer selbst-bewußten Ich-Identität zu finden, die politische, soziale und zwischenmenschliche Mündigkeit und Verantwortung erst ermöglicht? Dies wäre in der Tat eine wichtige Sache!

Karin Monka

Willy Brandt (Hg.): Frauen heute. Eine Bestandsaufnahme von Luc Jochimsen, Anke Fuchs, Luise Rinser, Katharina Focke, H. E. Richter u. a., rororo-Sachbuch 7391, Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek bei Hamburg 1981, 266 Seiten

Hundert Jahre war es her, daß August Bebel, ein Sozialdemokrat, ein Mann, zum ersten Mal aufschrieb, was mit den Frauen seit der Industrialisierung passiert war: Sie waren zum entmündigten Teil der Gesellschaft geworden! 1878 kam sein Buch "Die Frau und der Sozialismus" heraus und erlebte bis zu seinem Tode im Jahr vor dem ersten Weltkrieg bereits die Übersetzung in fünfzehn Sprachen und eine Auflage von 200 000 Stück; es wird bis heute aufgelegt.

1978 nahmen elf Frauen und zwei Männer diese "Hundertjahrfeier" zum Anlaß, Zwischenbilanz zu ziehen, und sie stellten - wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck - alle fest, daß eigentlich nicht viel Grund zum Feiern vorlag, denn die Utopie Bebels von einer dem Mann in jeder Weise gleichberechtigten Frau (in einer idealen Gesellschaft) ist von seinen sozialdemokratischen Nachfolgern nur auf dem Papier - in den Gesetzesblättern - einigermaßen verwirklicht worden.

Natürlich ist die Lage der Frauen in Relation zu ihrer Situation vor hundert Jahren besser geworden, aber die Unterdrückung ist nach wie vor da, sie ist nur subtiler, weniger leicht aufzeigbar geworden. Grundsätzlich - das heißt in Relation zu der Situation der Männer - hat sich nichts geändert.

Während die sozialdemokratischen Parteifrauen und der Parteimann mehr oder weniger der Meinung sind, daß die "Konkurrenz" der "neuen" Frauenbewegung die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung mit den Frauen gefährde, weil der ökonomische Ansatz verlorengelassen durch die Verstärkung des psychologischen Ansatzes, setzen diejenigen Frauen, die Erfahrung mit dieser Frauenbewegung haben, mehr auf Bebels Aussage: "Die Frauen dürfen so wenig auf die Hilfe der Männer warten, wie die Arbeiter auf die Hilfe der Bourgeoisie!" (zit. 107)

Damit wird auch klar, daß die Beiträge in dem Buch aus sehr unterschiedlichen Blickrichtungen geschrieben sind. Die eine Seite vertraut auf die Einsicht der Parteigenossen, wenn sie auch zugeben muß, daß Gesetzmachen und sie durchsetzen und im eigenen Handeln befolgen verschiedene Sachen sind. Die andere Seite verläßt sich eher auf die Macht der Basis, die - wenn sie erst einmal die ökonomischen und psychologischen Fallgruben der Herrschenden erkannt hat - mit ihrer unorthodoxen Organisationsform sehr

wirkungsvoll Einfluß gewinnen kann.

Aufklärung über ökonomische und psychologische Fallgruben, aber auch Anregungen zum Nachdenken über Wege aus ihnen heraus gibt es in diesem Buch. Der Bericht über die Frauenprogrammatische der Sozialdemokratie von den Anfängen bis Godesberg ist da so aufschlußreich wie die Darstellungen der Frauenbewegung im Ausland und bei uns von Hanna-Beate Schöpp-Schilling und Antje Dertinger. Dazwischen gibt es die Möglichkeit, sich über Ideologieproduktion in der Vergangenheit der Literatur (Luise Rinser) und der Gegenwart des Fernsehens (Jutta Szostak) zu informieren. Die konkrete Situation der Frau im täglichen Leben wird aufgezeigt bei Luc Jochimsen und Herta Däubler-Gmelin.

Zum Schluß stellt Horst-Eberhard Richter die Forderung, die Gleichberechtigung nicht als einseitige Anpassung der Frauen an Männernormen zu sehen, sondern als einen beiderseitigen Lernprozeß. Ein Angstabbau beider Geschlechter vor der Übernahme von "weiblichen" und "männlichen" Eigenschaften, und hier besonders der "tiefverwurzelten Angst des Mannes, mit der Preisgabe der üblicherweise antrainierten Dominanzattitude gegenüber der Frau die eigene geschlechtliche Identität zu verlieren" (248), sei notwendig.

Die Partei verkörpert jedenfalls offensichtlich für viele Frauen noch die Dominanz des Mannes, und die geringe Anzahl der Frauen in maßgeblichen Positionen scheint ihnen da recht zu geben! Sie jedenfalls ziehen es vor, ihre Versuche, sich "freizuschwimmen", in autonomen Frauengruppen zu machen. Zu wünschen wäre natürlich, daß Frauengruppen der Partei und autonome Frauengruppen ihre Berührungängste abbauen.

Das Buch ist empfehlenswert, weil sonst kaum auf so engem Raum eine solche Vielfalt von Themen und Standpunkten zusammenkommt. Eine gute Informationsquelle für Anfänger und Anfängerinnen in Sachen "Gleichberechtigung" und ein Anreiz, weiterzulesen bei einigen der Autorinnen und Autoren.

Erika Adolphy

Helmut Flammer (Hg.): Kirche und Sozialismus. Mit Beiträgen von Klaus Bockmühl, Iring Fetscher, Helmut Gollwitzer, Gerhard Grohs, Eberhard Jüngel, Jan Milic Lochman und Gotthold Müller, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern 1029), Gütersloh 1981, 128 Seiten

Was bei den württembergischen Synodalen nur mäßige Wirkungen hervorrief, bekommt jetzt die Chance, ein breiteres Leserpublikum zu beschäftigen: "Kirche und Sozialismus" ist der

Titel der gesammelten Referate einer Klausurtagung der Synode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom Februar 1980.

Der kirchenpolitisch Interessierte wird in diesem Bändchen die Voten württembergischer Kirchenvertreter zu dieser Frage allerdings vergeblich suchen. Sie waren wohl nicht abdruckenswert. Oder mochten ihre Sprecher mit diesen Meinungen nicht aus dem Dunkel jener Klausur an die Öffentlichkeit treten? Bei der Darstellung der einzelnen Beiträge erscheint es mir unumgänglich, jeweils den Entstehungshorizont jener Synodaltagung mit zu berücksichtigen. Für sich genommen bietet das Sammelbändchen immerhin einen lehrreichen Überblick über die Beziehungsfelder zwischen Kirche und Sozialismus.

Nun zu den einzelnen Beiträgen: Iring Fetscher wollte - von der Umgangssprache ausgehend - zunächst begriffliche Präzisierungen darbieten (7 ff.). Sozialismus und Marxismus versteht er exakt zu differenzieren, den seiner Ansicht nach zu schillernden Begriff "Kommunismus" glaubt er jedoch nicht näher bestimmen zu können. - In einem lockeren Gesprächsgang (28 ff.) klärte Gotthold Müller darüber auf, daß württembergische Kirchentradition und sozialistische Motive keineswegs völlig gegenläufige Phänomene sind; die Kette der Berührungspunkte gipfelte schließlich in Christoph Blumhardt. Leider tauchte der Geist dieses hoffnungsfrohen, fundamentalistischen schwäbischen Sozialisten bei der Synodaltagung sonst wenig auf. Die von Müller gezeigte ideengeschichtliche Beziehungskette bietet einen anregenden Aspekt zum Problem. Schön wäre es gewesen, die Synode hätte sich als notwendige Ergänzung auch einen sozialgeschichtlichen Beitrag zum Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft vorbestellt. Dieser Blick in die Wirklichkeitsgeschichte war indes nicht geplant. Lediglich bei Gerhard Grohs klang diese Frage im Blick auf Afrika an (53 ff.). Grohs verglich Formen des realen Sozialismus in Senegal, in Ghana, Tansania und Mozambique mit der Stellung afrikanischer Kirchen und Theologen zum Befreiungskonzept der afrikanischen Sozialisten. - Jan Milič Lochman stellte die Erfahrungen des christlich-marxistischen Dialogs in Europa (68 ff.) dar. Lochman ging dabei auf Gemeinsamkeiten, wie Differenzen zwischen Christen und Marxisten, ein, z. B. in der Anthropologie. Er riß u. a. die Frage an, wieweit der marxistische Atheismus als zeitbedingte Erscheinung relativiert werden kann oder ein notwendiges Element der sozialistischen Weltanschauung bleiben wird.

Ein Altmeister der christlichen Sozialisten in der Bundesrepublik, Helmut Gollwitzer, war zu einer persönlichen Stellungnahme eingeladen.

Sein Bekenntnis "Warum ich als Christ Sozialist bin?" (84 ff.) läßt als einer der wenigen Beiträge dieser Tagung und dieses Buchs deutlich erkennen, daß es hier um mehr als akademische Begriffsklärungen und Verhältnisbestimmungen geht. Auch wenn Gollwitzers Gedanken den meisten unserer Leser bekannt sein werden (siehe seinen Beitrag in CuS 1/1980), sind sie es wert, noch einmal ins Gedächtnis gerufen zu werden. Gollwitzer geht davon aus, daß die heutige Menschheitskrise eindeutig gesellschaftliche Ursachen besitzt. Als zentralen Ansatzpunkt zum Handeln sieht Gollwitzer den Umgang mit den eigenen Privilegien. Gollwitzer geht es dabei nicht um eine Aufrechnung kleiner und kleinster gesellschaftlicher Vorteile, die wir genießen. Er macht vielmehr konstruktiv darauf aufmerksam, daß alle Privilegien zu Möglichkeiten für andere - die sie brauchen - umgemünzt werden können. Dabei hielt er es mit Christoph Blumhardt, als er abschließend ausführte, daß das Evangelium keineswegs zum sozialistischen Engagement zwingt. Jedoch müsse sich jeder Christ aufgrund der Bibel fragen lassen, wie er mit seinen Privilegien, den ihm eigenen Möglichkeiten, umgehe.

Klaus Bockmühl abstrahierte aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit sozialistischer Bewegungen und Staaten vorwiegend die Probleme der Eigentumsordnung und der Weltanschauung (98 ff.). Bockmühl bejaht ausdrücklich das gemeinsame Wirtschaftsziel der Sozialisten in der Vergemeinschaftung. Er macht kritisch auf die großen Unterschiede in den sozialistischen Wirtschaftsmodellen aufmerksam und fordert damit indirekt mehr Differenzierung beim Bekenntnis zu sozialistischer Wirtschaftsveränderung. Prinzipiell kann Bockmühl jedoch im Sozialismus weder eine verbindliche Sozialanalyse noch eine allgemein akzeptable philosophische Grundlage für die Theologie sehen. Letztlich gerät damit der Sozialismus für Bockmühl ebenfalls in die Rolle einer mit dem Christentum konkurrierenden Weltanschauung. Getreu dieser Tendenz empfiehlt er der Kirche abschließend, sich auf sich selbst und ihren eigentlichen Auftrag zu besinnen. Seine von der Planung vorgegebene Aufgabe, einen Gegenbeitrag zu Gollwitzers Bekenntnis zum Sozialismus zu liefern, erfüllte Bockmühl somit zwar sachlich und unpolemisch, jedoch weitgehend mit altbekannten Vorbehalten.

Es gehörte zu den kirchenpolitischen Spezialitäten jener Tagungsregie der württembergischen Landessynode, daß sie ausgerechnet dem in seinen Voten zum Thema hinlänglich bekannten Eberhard Jüngel eine "Theologische Zusammenfassung" überließ (112 ff.). Schließlich ist jedem halbwegs Eingeweihten der alte Disput zwischen Jüngel und Gollwitzer über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus (abgedruckt

in: Müssen Christen Sozialisten sein?, hg. von Wolfgang Teichert, Hamburg 1976) präsent. Obwohl Jüngel bereits einleitend versicherte, er wolle auf eine eigene Meinungsäußerung verzichten, ordnete er den Sozialismus von Anfang an eher den Reiz- und Schlagwörtern zu. Jüngels Grundanfrage, ob der Begriff des Sozialismus überhaupt noch tauglich sein könne für die gegenwärtige Diskussion (118), hätte sinnvollerweise an den Beginn der Tagung gehört. Als Schlußplädoyer verpackt diene diese Frage eher der Abwertung des Gesprächsgegenstandes und nicht der Sache. Jüngel konnte sich auch nicht enthalten, in seinem Schlußvotum einige altbekannte Vorurteile gegen den Sozialismus hervorzuholen. Am Beispiel keineswegs sozialistischer Tübinger Studenten wollte er den Begriff und die Sache der Solidarität als sinnentleert diskreditieren: "... weil dieses Argument: Seid doch solidarisch! einfach zieht. Und da steckt der Teufel (sic!) drin" (119). Ökonomisch sei, meint Jüngel, der Sozialismus "kaum anders" zu erreichen "als auf dem Weg über einen gewaltsamen Umsturz" (120). Jüngel müßte wissen, daß derart abenteuerliche Vorstellungen - zumindest für Europa - endgültig überholt sein dürften. Sein Schlußvotum spiegelt mehr Furcht vor Veränderungen als Sachkenntnis. Helmut Gollwitzer wehrte sich zu Recht mit Zwischenrufen gegen derartige Schlußbemerkungen.

So ist dieses Büchlein über Kirche und Sozialismus in vieler Hinsicht lehrreich, nicht allein aufgrund der darin abgedruckten Sachbeiträge, sondern auch vor dem leider nicht immer klar durchscheinenden kirchenpolitischen Hintergrund einer württembergischen Synodaltagung, der es seine Entstehung verdankt. Freilich wird letzteres dem nicht weiter eingeweihten Leser nicht immer in der vollen Tragweite erkennbar. Der aber möge sich dann mit den Aufsätzen als solchen trösten, die als Nebenprodukt solcher Kirchenpolitik das Bewußtsein schärfen können.

Klaus-Jürgen Meier

*Eberhard Kerlen*: Zu den Füßen Gottes. Untersuchungen zur Predigt Christoph Blumhardts. Chr. Kaiser Verlag, München 1981, 192 Seiten

Der Verfasser, ein Schüler von Rudolf Bohren, legt, gegründet auf die vierbändige Blumhardt-Auswahl von Robert Lejeune, die zwischen 1925 und 1937 erschienen war, eine Analyse von drei Ansprachen Christoph Blumhardts vor. Ergänzend gibt er neben kurzen Lebensdaten Blumhardts einen durch wertvolle Blumhardt-Zitate angereicherten Überblick über "Gemeinde und Predigt in Bad Boll". In einem Schlußteil macht er die Aktualität Blumhardts für die heutige

Predigt geltend.

Sehr erfreulich ist, daß der Verfasser betont, die Blumhardt'sche "Theologie" (ich neige dazu, diesen Ausdruck zu vermeiden) sperre sich wie gegen eine akademische Auswertung so auch gegen eine kirchliche Beschlagnahme (178). Von Blumhardt gehe ein Widerstand gegen ein Leben in bloßen Deklamationen aus. Insofern ist Kerlen sich bewußt, mit seinem Hinweis auf Blumhardt etwas geliefert zu haben, was "nicht ganz ungefährlich" für die real existierenden Kirchen sei (11).

Das Besondere (und dann doch auch für uns Vorbildliche) bei Blumhardt ist nach Kerlen dies gewesen, daß er zum biblischen Text wie zu den kranken und ratsuchenden Menschen in einer großen Nähe sich verhielt - es ist also nichts mit der verbreiteten theologischen Fehlalternative: "entweder der Text oder der Mensch". Dabei ist freilich der Text alles andere als bloßes Papier: schon der ältere Blumhardt hielt, wie Kerlen sagt, "an der Barmherzigkeit Gottes in langem Warten fest", und der Sohn macht sich der "Überlegenheit und Barmherzigkeit Gottes" als Prediger dienstbar.

So kann es Kerlen auch nicht entgehen, wie stark die Predigt Blumhardts vom Gebet getragen ist: "'Gott wolle ein Geistesbeben geben in diesen unseren Zeiten' ... Blumhardt erbittet es für die Gemeinde, die jetzt versammelt ist" (150). Die Artikulation des Elends, gerade auch des sozialen, im "Seufzen" ist nicht Sache des Predigers allein, sondern der Gemeinde, die eben von solchem Seufzen her zum Bekennen in der Welt kommt. Kerlen ist darin sehr sachlich, daß er sich entschieden gegen ein Kopieren der Predigt Blumhardts und gegen eine Propagierung des Boller Vorbildes wendet (178). Blumhardt ist Vorbild vielmehr gerade darin, daß er zentral auf Jesus Christus - die eherne Schlange, die aufgehende Sonne! - verweist, der sich selber jeweils seine Gemeinde herbeiruft (66 f.).

An dem schönen Buch, das ich in die Hand vieler Leser, vor allem vieler kommender und "amtierender" Pfarrer wünsche, hätte ich nur das eine auszusetzen, daß Kerlen leider im Vorwort die dreibändige Blumhardt-Auswahl von Johannes Harder nicht gebührend würdigt. Kerlen wird sich im klaren darüber sein, daß auch die von ihm benützten Lejeune-Texte keine Blumhardt-Originale, sondern eben Nachschriften sind, und daß Harder es bei der resignierten Auskunft Kerlens (36), es lägen in Bad Boll 2400 Predigten, Andachten, Betrachtungen und Vorträge Blumhardts vor, nun nicht gelassen, sondern die Veröffentlichungsaufgabe endlich angepackt hat. In diesem Sinne möchten wir es, wie Kerlen ja selber vorschlägt (10), so halten, daß wir die Bücher ne-

beneinander gebrauchen, um uns zu dem Zeugnis Christoph Blumhardts hinführenzulassen.

Arnold Pfeiffer

## BUNDESNACHRICHTEN

### 75 Jahre NEUE WEGE

#### Zum Jubiläum einer unvergleichlichen Zeitschrift

Am 28. November 1981 feierten die in Zürich erscheinenden NEUEN WEGE ihr 75-jähriges Bestehen. Damit ruft sich eine Zeitschrift in Erinnerung, die aus der Sicht des religiösen Sozialismus ein Stück Schweizer Geschichte des 20. Jahrhunderts mitgeschrieben hat. Die engagierte und kämpferische Tradition wirkt bis heute in den monatlich erscheinenden Heften nach. Als Organ der "Religiös-sozialen Vereinigung" und der "Christen für den Sozialismus" helfen die NEUEN WEGE ihren Lesern, den Sozialismus christlich zu deuten und den christlichen Glauben in eine sozialistische Praxis umzusetzen.

Die Zeitschrift, die ursprünglich den Untertitel "Blätter für religiöse Arbeit" trug, war nicht von Anfang an das Sprachrohr des religiösen Sozialismus in der Schweiz. Die Gründer, unter ihnen die ersten Redaktoren Rudolf Liechtenhan, Benedikt Hartmann und Leonhard Ragaz, dachten zunächst lediglich an ein "Informationsblatt für die Gebildeten aller Stände". Daß die NEUEN WEGE aber schon sehr bald dazu übergingen, für die Arbeiterbewegung und gegen den Militarismus Partei zu ergreifen, ist dem überragenden Einfluß von Leonhard Ragaz zu verdanken. Mit ihm teilten sich seit 1912 auch die sozialistischen Theologen Jean Matthieu und Lukas Stückelberger in die redaktionelle Arbeit. In die gleiche Zeit fallen Ragaz' Absage an das Bürgertum, seine Stellungnahme für die Arbeiter im Zürcher Generalstreik und sein Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Eine revolutionäre Reichgottestheologie mit eindeutig sozialistischem und antimilitaristischem Standort gehört seither zum zentralen Programm und unverwechselbaren Profil der NEUEN WEGE.

Am Ende des Ersten Weltkriegs nahmen die NEUEN WEGE konkret am tagepolitischen Kampf teil, so bei den Novemberereignissen von 1917, im Landesstreik und in der Urabstimmung über den Beitritt zur Dritten Internationale. Nach 1922 bildeten sich die vier bleibenden Hauptrubriken heraus: Betrachtungen, religiöse und ethische Probleme, Soziales und Politisches sowie die Rundschau, die von Ragaz als regelmäßiger Kommentar "Zur Weltlage" verfaßt wurde. In der Zwischenkriegszeit standen Themen wie Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus, Pazifismus und Völkerbund, Kritik an der

schweizerischen Neutralität sowie Kampf gegen Faschismus und Nationalismus an erster Stelle.

In den Jahren 1942 bis 1944 wurden die NEUEN WEGE nach mehrmaliger Verwarnung der Vorzensur unterstellt. Der dafür zuständige Armeestab begründete die Maßnahme mit der angeblich neutralitätswidrigen "Gesamteinstellung der Zeitschrift und ihres Redaktors". Ragaz stellte darauf das Erscheinen der NEUEN WEGE offiziell ein und verschickte die einzelnen Hefte ungebunden und in geschlossenen Briefumschlägen. Im Juli 1944 gab er der Zeitschrift den Untertitel "Blätter für den Kampf der Zeit".

Auch nach Ragaz' Tod im Dezember 1945 war die "Vereinigung der Freunde der NEUEN WEGE" für die weitere Herausgabe der Zeitschrift besorgt. Heute werden die NEUEN WEGE von Albert Böhler als Vertreter der "Religiös-sozialen Vereinigung" und von Willy Spieler als Vertreter der 1977 dazugekommenen "Christen für den Sozialismus" redigiert. Ihnen steht eine fünfköpfige Redaktionskommission zur Seite. Der vor zwei Jahren eingeführte neue Untertitel "Beiträge zu Christentum und Sozialismus" weist einmal mehr auf die Gesinnungslinie hin, die zum Erbe und zum Auftrag dieser Zeitschrift gehört.

Silvia Herkenrath

## LESERBRIEF

Ich meine, daß dem Leserbrief von Ludwig Metzger in CuS 1/82 vom religiös-sozialistischen Standpunkt aus einiges entgegengehalten werden muß:

1. Er bezeichnet den Bau der Starthahn West als "lebensnotwendig" und "entscheidend für den Personen- und den Warenverkehr unseres gesamten Landes". Nachdem diese Feststellung einmal getroffen ist, sollen dann die ökologischen Schäden so gering wie möglich gehalten werden. Mit anderen Worten: erst bestimmen die Herrschenden hierzulande, was zum weiteren Wachstum ihres Kapitals und ihrer Profite notwendig ist, und danach taucht dann bescheiden die Frage nach der Ökologie auf. Fragen des Umweltschutzes dürfen sich brav im vorgegebenen Rahmen bewegen.

Eine solche Sicht der Dinge verrät nicht nur den kapitalistisch-ökonomischen Standpunkt des Betrachters, sondern offenbart die völlige Unkenntnis der ökologischen Lage, besser: Katastrophe, in der wir uns alle befinden und die uns bald hart treffen wird. Man lese GLOBAL 2000 und anderes mehr! Wir (insbesondere die kapitalistische Industrie) sind dabei, die Grundlagen jeder Produktion und Lebensmöglichkeit zu vernichten (Aufbrauchen der Rohstoffe, irreparable Schäden in den ökologischen, gesundheitlichen und klimatischen Kreisläufen usw.). Die Situation ist so weit fortgeschritten, daß nur eine ökologische Revo-

lution als Voraussetzung weiterer ökonomischer Planungen ein Überleben ermöglicht.

2. Und nun kommt von Herrn Metzger das unvermeidliche Argument: die Arbeitsplätze! Das ist die Zauberformel der Unternehmer, mit der sie alles rechtfertigen: Rationalisierungen, Entlassungen, arbeitnehmerfeindliche Investitionen für eine Konjunktur, die zwei Millionen Arbeitslose munter übergeht, Umweltverschmutzung, Rüstungsproduktion usw. Die Startbahn West ist wohl das kleine Beschäftigungsprogramm sozialdemokratischer Volksfreunde zur sofortigen Beendigung der skandalösen Massenarbeitslosigkeit?

Es ist kein Zufall, daß gerade solche Forderungen, die wirklich viele neue Arbeitsplätze schaffen können, von Vertretern der bürgerlichen Parteien (CDU, FDP, SPD) übergangen werden, denn sie erfordern einen radikalen Standpunkt: zukunftssträchtiger Aufbau ökologischer Industrien, Einführung der 35-Stunden-Woche, Behebung der Wohnungsnot, mehr Stellen im Bildungswesen, und alles, da es ja "unter den gegebenen Umständen" nicht finanzierbar ist, "unter veränderten Umständen" auf Kosten der Riesenprofite multinationaler Konzerne durch Einstellung volkswirtschaftlich schädlicher Verschwendung, Abrüstung usw.

3. Einmal mehr wird nun von Herrn Metzger das Jahr 1933 beschworen und die damalige Massenarbeitslosigkeit als eine der entscheidenden Ursachen der Machtergreifung Hitlers genannt. Viel entscheidender für den Sieg des Faschismus in Deutschland war aber, daß es die sozialdemokratischen Führer 1918 zuließen, daß rechtsgerichtete Mordkommandos der Novemberrevolution der Arbeiter und Soldaten den Gar aus machten, weil sie der sozialistischen Räterepublik, durch die die Grundlagen für das weitere Bestehen des reaktionären Finanzkapitals und seiner gesellschaftlichen Macht beseitigt worden wären, die parlamentarische Ordnung auf kapitalistischer Grundlage vorzogen.

Friedemann Stinder,  
Wermelskirchen

# ALS CHRIST SOZIALIST!

Dazu bekennt sich eine zunehmende Zahl von Christen und Sozialisten.

In unserer Bewegung arbeiten seit 1919 religiöse Sozialisten zusammen für

- soziale Gerechtigkeit
- Versöhnung in allen Bereichen (z.B. Menschlichkeit am Arbeitsplatz, Frieden und Völkerverständigung)
- Demokratie in allen Lebensbereichen (z.B. Wirtschaft, Bildung)

Wir treten ein für eine Umkehr in der Behandlung von Natur, für die wir vor Gott und unseren Kindern verantwortlich sind. Unsere Arbeit für eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft sehen wir im Lichte des Evangeliums und hoffen auf Gottes kommendes Reich, für dessen anfangende Verwirklichung wir in Taten der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit arbeiten wollen.

Der INTERNATIONALE BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN ist seit 1928 christlicher Gesprächspartner der Sozialistischen Internationale. Auch Juden sind an diesem Gespräch beteiligt.

In Deutschland hat der Bund der religiösen Sozialisten für eine demokratische und soziale Republik gekämpft und seit 1926 den Faschismus bekämpft. Deshalb wurde er 1933 verboten.

Nach dem 2. Weltkrieg hat er seine Arbeit in kleinerem Umfang fortgeführt. 1976 wurde der BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V. durch die jüngere Generation wiederentdeckt und neu belebt.

In dieser Zeitschrift behandeln wir Themen im Hinblick auf eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft. Den Bestellabschnitt - auch für weitere Informationen - finden Sie auf der letzten Seite des Heftes.

### Autoren dieses Heftes

- Erika Adolphy, Dipl.-Pädagogin, Hakenheider Weg 17A, 4817 Leopoldshöhe  
(Siehe CuS 1/1981).
- Ingeborg Drewitz, Dr. phil., Schriftstellerin, Quermatenweg 178, 1000 Berlin 37.  
Günter Ewald, Dr. rer. nat., Professor für Mathematik, Hauptstraße 8,  
2993 Breddenberg.  
(Siehe CuS 2/1981, 4/1980, 1/1980, 4/1979, 1/1979, 4/1978,  
3/1978, 1/1978, 4/1977, 1/1977).
- Klaus Grammel, ev. Pfarrer und Studiendirektor, Nikolskoer Weg, 1000 Berlin 39.  
Silvia Herkenrath, Dr. phil., Rüdenplatz 8, CH 8001 Zürich.  
(Siehe CuS 3/1981).
- Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre (Wirtschafts-  
politik), Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14.  
(Siehe CuS 1/1982, 1/1981, 3/1980, 2/1980, 1/1980, 4/1979,  
1/1979, 3/1978, 4/1977, 1/1977).
- Klaus-Jürgen Meier, Dr. theol., Karl-Pfaff-Straße 7b, 7000 Stuttgart 70.  
Karin Monka, Studentin (Literaturwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft), Eisen-  
straße 6, 4800 Bielefeld 14.
- Arnold Pfeiffer, Dr. theol., ev. Pfarrer, Hauptstraße 11, 6580 Idar-Oberstein.  
(Siehe CuS 4/1979).
- Dieter Stork, ev. Pfarrer, Brunnenallee 35, 4980 Bünde.

.....  
Hiermit bitte ich um Zusendung .....

- eines Probeheftes des Bundesorgans "CHRIST UND SOZIALIST"
- der Broschüre "DER BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V. - Informationen zur Geschichte, zur gegenwärtigen Situation und zur Organisation (bitte DM 1,50 in Briefmarken beilegen) einer Kontaktanschrift
- Hiermit abonniere ich "CHRIST UND SOZIALIST" ab .....
- Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft im BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V.

Name und Anschrift: .....

An: Jürgen Finnern .....

Jakob-Kaiser-Str. 4 a .....

4800 Bielefeld 1 .....

(Ort) .....

(Unterschrift) .....

Christiane Dannemann/Ulrich Dannemann

# Die Startbahn West

ist überall

Ein Tagebuch

Christliche Existenz heute,  
erlebt in den Auseinandersetzungen  
um den Frankfurter Flughafen

**Chr. Kaiser**

